

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

153 (6.7.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Preis: Durch unsere Träger 5.-M. einschl. 80 Pf. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 Pf. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonialsache 1.-M. Die Restameise 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmenschluß 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Konferenz von Spa.

Ankunft der Deutschen.

Spa, 5. Juli. Der Sonderzug mit der deutschen Delegation ist gestern kurz vor 2 Uhr nachmittags ohne Zwischenfall hier eingetroffen. Der Bahnhof war militärisch abgesperrt. Die zahlreich erschienenen Menge verhielt sich schweigend. Die Delegation wurde im Zug vom Generalsekretär der Konferenz Jacquesin und dem Grafen Luckat im Namen der belgischen Regierung begrüßt und begab sich in Staatsautos in ihre Absteigequartiere.

Die erste Sitzung.

Spa, 5. Juli. Die erste Besprechung der Konferenz fand heute vormittags 11 Uhr im Schloß de la Reine unter dem Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten de la Croix statt. An der Konferenz nahmen teil von belgischer Seite der Ministerpräsident, der Minister des Innern und der Minister des Krieges, von englischer Seite der Premierminister, der Staatssekretär des Innern und Sir L. Borchgrevink, von französischer Seite der Ministerpräsident, der Finanzminister und der Minister für öffentliche Arbeiten, von italienischer Seite der Minister des Innern, von deutscher Seite der Reichsminister, der Minister des Innern Dr. Simons, Finanzminister Dr. Brüning und Ernährungsminister Dr. Gerns. Sofort nach Eintritt der deutschen Delegierten, denen an der linken Seite des in Aufsichtform aufgestellten Tisches neben dem Japaner referiert worden wurde ohne formelle Begrüßung in die Verhandlungen eingetreten.

Zunächst wurde die Tagesordnung festgesetzt, die die folgenden Punkte umfaßt: Durchföhrung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages, Wiedergutmachung, Kolonialfrage, Kriegsverbrechen, Danziger Frage.

Reichsminister Hehrenbach erklärte, nachdem er seiner Genehmigung über das Zustimmensbekenntnis von kontinentalen Verhandlungen Ausdruck gegeben hatte, daß er die feste Wille der deutschen Delegation und des ganzen deutschen Volkes sei, die Friedensbedingungen loyal durchzuführen. Zur Beantwortung der ersten Frage wurde allerdings die Anwesenheit des Reichswehramtministers und des Generalstabs notwendig sein, die, als man gestern von der bevorstehenden Erörterung der militärischen Frage erfahren habe, sofort dringend herbeigebeten worden seien, aber nicht vor morgen nachmittags eintreffen könnten.

Die Konferenz beschloß, die Ankunft der Herren abzuwarten. Auf Anfrage des Reichsministers, ob vielleicht zur Besprechung der Bestrafungen die Anwesenheit des deutschen Justizministers erforderlich sei, wurde mitgeteilt, daß sie dringend erwünscht sei. Es würden übrigens auch der englische Lordkanzler und der französische Justizminister erscheinen.

Nachdem Reichsminister Hehrenbach darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der deutsche Justizminister zugleich Vizekanzler sei und daß, da der Reichstag jetzt tags, die gleichzeitige Abwesenheit des Reichsministers und des Vizekanzlers zu Unzulänglichkeiten führen könnte, beschloß die Konferenz, die Frage der Bestrafungen erst am Donnerstag zu besprechen. Die Versammlung vertagte sich darauf.

Spa, 5. Juli. (Gwas.) Die erste Sitzung der Konferenz im Zeichen einer Sensation. Bei Beginn der Sitzung unterzeichnete der Vorsitzende de la Croix die deutschen Delegierten darüber, daß die Alliierten gemäß der beschlossenen Tagesordnung zuerst die militärischen Fragen zu erledigen würden. Reichsminister Hehrenbach antwortete darauf, daß die Vertreter Deutschlands die Erledigung der wirtschaftlichen Fragen in erster Linie erwarteten. Der Reichswehramtminister und der militärische Sachverständige seien noch nicht in Spa eingetroffen. Ohne ihre Anwesenheit sei es unmöglich, an die militärischen Fragen heranzutreten. Nachdem de la Croix den alliierten Kollegen gegenüber eine eventuelle Verringerung der Tagesordnung gesprochen hatte, teilte er der deutschen Delegation mit, daß die Konferenz zur Besprechung der Abrüstung in Deutschland die kompetentesten Vertreter abwarten wolle. Der Reichsminister erklärte, die Diskussion über diesen Gegenstand könne am Dienstag nachmittags aufgenommen werden, da Dr. Gehler und General Gerns gegen 2 Uhr nachmittags eintreffen würden. Der erste Meinungsaustrausch vollzog sich in durchaus höflichen Formen. Die Deutschen zeigten eine würdige und referierte Haltung. Um 11:30 Uhr vormittags wurde die Sitzung auf nachmittags 3 Uhr vertagt. Bis dahin werden die Alliierten unter sich Besprechungen abhalten über die noch schwebenden Fragen.

Eine Erklärung Hehrenbachs.

Spa, 5. Juli. Reichsminister Hehrenbach empfing heute nachmittags 5 Uhr die Vertreter der alliierten Presse in seiner Wohnung. Er machte ihnen folgende Erklärungen, die ein laiblicher zu Gunsten der Wiederrücknahme der Bedingungen des Versailler Friedensvertrages darstellen: Ich danke Ihnen für das Interesse, das Sie meiner Person und auch der Sache entgegenbringen, die ich vertrete. Die Hoffnungen, die wir gegen, habe ich am Freitag im Reichstage dargelegt. Wir sind mit der ehrlichen Absicht herbeigekommen, den Friedensvertrag auszuführen, so weit es in unserer Macht steht. Es hängt das von unserer Fähigkeit und in erster Linie von der Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ab. Unser Volk wurde durch den Krieg erwürgt. Es hat Hunger gelitten und unser Hauptaugenmerk muß darauf gerichtet werden, unsere Produktion zu erhöhen, die bis jetzt nicht ausreicht, unser Volk zu ernähren. Andererseits müssen wir trachten, die Lebensmittel, die wir nötig haben, vom Auslande einzuführen. Wenn wir zu einem Abkommen gelangen, wenn die Bedingungen erfüllt sein werden, so hoffen wir, daß uns die Hebung unserer Wirtschaft, und gestattet wird, die schweren finanziellen Verpflichtungen, die wir durch den Friedensvertrag von Versailles eingegangen sind, zu erfüllen.

Wie der „Vormärts“ berichtet, ist das Programm der Verhandlungen von Spa derzeit erweitert worden, daß sich die Ab-

reise weiterer Minister an den Konferenzort als notwendig erweist. Da der Reichstag nicht in Abwesenheit der meisten Regierungsmitglieder weiter tagen würde, dürfte er zu dem Beschluß kommen, seine Beratungen zu unterbrechen.

Die Kolonialfrage.

Berlin, 5. Juli. Die deutsche Kolonialgesellschaft schickte folgendes Telegramm an den Reichskanzler: Zeitungsberichte zufolge plant die französische Regierung eine einfache Annexion von Togo und Kamerun. Das würde gegen Sinn und Vorhalt der Völkerverträge verstoßen und einen offenen Bruch des Völkervertrages bedeuten. Die deutsche Kolonialgesellschaft erhebt gegen ein solches Vorgehen Frankreichs schärfsten Einspruch und bittet Ew. Excellenz, bei den Verhandlungen in Spa entschieden gegen solche Absichten Frankreichs Stellung zu nehmen. An den Reichstag wurde ein Telegramm gerichtet, in dem der Reichstag gebeten wird, auch seinerseits gegen Frankreichs Absichten Stellung zu nehmen.

Eine vernünftige englische Stimme.

Nottingham, 5. Juli. Das Sonntagsblatt „Observer“ tritt mit Nachdruck für die Verminderung der deutschen Entschädigungszahlung und für die Festsetzung eines kurzen Termins ein. Die äußerste Frist für diesen Termin müsse zehn Jahre sein. „Observer“ ist der Meinung, daß die Alliierten in diesen zehn Jahren gute Aussichten haben, das Verlangen zu erhalten. Auf diese Weise befänden die Alliierten, bessere Ergebnisse für die Staatskasse der Alliierten und für den Weltfrieden zu erzielen. Es bestünde wenig Hoffnung, daß die Alliierten außer dem, was in den nächsten 10 Jahren einfließe, noch irgend etwas erhielten. „Observer“ schlägt mit der Erklärung, ein endliches Gesamtsummen aus dem Stumpfe werde nicht gefunden werden, bevor ein neuer Kongress, in dem die Vereinten Staaten, Deutschland und Rußland vertreten sind, die Revision des gesamten Friedensvertrages in die Hand nimmt.

Die Frage der Präsidentenwahl.

Wie die „Germania“ zuverlässig erfährt, ist die Frage der Präsidentenwahl noch keineswegs spruchreif. Der Wunsch der Reichsregierung sowohl wie der des Reichstages gehen dahin, daß Reichspräsident Ebert bis auf weiteres sein Amt behalten möge. Es sei anzunehmen, daß er diesem Wunsche willfahren werde.

Das Schicksal der noch in Frankreich befindlichen deutschen Gefangenen.

Paris, 5. Juli. Aus Erkundigungen an zuständigen Stellen geht hervor, daß die von der „Frankfurter Zeitung“ am 23. Juni gebrachte Nachricht über die deutschen Kriegsgefangenen, die noch in Frankreich zurückgehalten werden, nicht den Tatsachen entspricht. Die deutschen Gefangenen, deren Zahl ungefähr 350 beträgt, befinden sich bisher alle im Lager von Abignon. Der größte Teil davon wird zu land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten verwendet. Ihr Schicksal ist absolut nicht elend. Deutsche Delegierte werden in der nächsten Zeit das Lager von Abignon besuchen. Es werden übrigens nächstens dem Präsidenten der Republik Verhandlungen angestrebt werden, sodas eine große Zahl von Freilassungen wird erfolgen können.

Sowjetrußland will sich nirgends einmischen.

Berlin, 5. Juli. Aus Moskau ist folgender Rundpruch eingetroffen: Hiermit wird ausdrücklich höflicher Behauptungen mit voller Entschiedenheit und unzweifelhaft erklärt: Den Sowjetvertretern im Auslande wird eine Einmischung in innere Verhältnisse der auswärtigen Staaten ausdrücklich unter sagt. Viktor Kapp in Berlin ist Instruktion erteilt worden, dahin lautend, jeder Verleumdung mit der deutschen Politik sich völlig fernzuhalten. Volkstommisär des Auswärtigen.

Das internationale Arbeitsamt.

Köln, 5. Juli. (Virtualtelegramm des „Volkshfreund“.) Seit etwa 20 Jahren fristet in Köln unter dem Vorherrschen des Professors der Nationalökonomie Dr. Stefan Bauer das internationale Arbeitsamt ein bescheidenes Dasein. Man hat selten etwas gehört vom Internationalen Arbeitsamt und an dem Stande des Arbeiterschutzes und der Sozialgesetzgebung der einzelnen Länder ist es auch unschuldig. Nun soll ihm morgen ein hohes Verdienst zuteil werden. Der letzte Arbeiterschutzeskongreß allen Schemens hat auf Dienstag und Mittwoch, 6. und 7. Juli, seine Tagung im Vestler Stadtsaal angeschlossen. Das internationale Arbeitsamt in seiner jetzigen Gestalt soll liquidiert werden; seine Funktionen gehen über an die Internationale Arbeiterschutzeskonferenz, die in Genf am fünfzigsten Sitz des Völkervertrages, ihre Büros bereits aufgetan hat.

Deutschland und Japan.

Amsterdam, 5. Juli. Die „Eastern Service“ meldet aus Tokio: Die Postfach und das Konsulatsgebäude sind von Japan wieder an Deutschland zurückgegeben worden. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind wieder hergestellt.

Die Abstimmung in Ostpreußen.

Berlin, 5. Juli. Der Kampf auf dem ostpreussischen Abstimmungsgebiete hat seit Beginn der Woche am 4. Juli entscheidende Formen angenommen. Der Zutritt der Abstimmungsberechtigten wächst immer mehr. Auf Allenstein allein entfallen jetzt 5000 auswärtige Gäste. Der Verkehr geht sowohl im Abstimmungsgebiet als auch im übrigen Ostpreußen völlig normal von statten. Die Organisation der Verpflegung und der Unterkunft ist ausgezeichnet.

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

In der Nationalversammlung war nach lebhaftem Kampf ein Gesetzentwurf von einer besonderen Kommission fertig gestellt worden, der die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit herbeiführen sollte. Obwohl eine Mehrheit für diesen Entwurf vorhanden war, gelang es in der letzten Sitzung der Nationalversammlung den Deutschnationalen, durch Abkommandierungen ihrer Mitglieder die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeizuführen, sodas das Gesetz nicht zustande kam.

Inzwischen sind nun wieder neue ungeheuerliche Urteile der Militärjustiz bekannt geworden. Das Tölpel war die Freisprechung der Marburger Freiwilligen von dem Arbeitermord in Thal bei Kurla. Die sozialdemokratische Fraktion hat daher sofort im Reichstage den unerledigt gebliebenen Entwurf wieder eingebracht, der am Samstag zur Beratung stand. Ein Versuch, den Entwurf ohne Debatte schnell zu erledigen, scheiterte an dem Mitebedürfnis der Unabhängigen; der Entwurf, ohne abermalige Ausschüßberatung den Entwurf Gesetz werden zu lassen, scheiterte an bürgerlichen Parteien. So wird nun abermals in zeitraubenden Ausschüßberatungen mit den Reaktionsären um die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit gerungen werden müssen.

Namens der sozialdemokratischen Fraktion sprach am Samstag

Abg. Schöpplin-Karlsruhe.

dessen Rede wir nach dem amtlichen Stenogramm hier folgen lassen:

Schöpplin, Abgeordneter:

Meine Herren! Wir haben zu dem vorliegenden Antrag die Hoffnung der Kommissionsbeschlüsse deshalb wiedergewählt, weil wir möglichst rasch die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit wollen. Wir sagen uns: es war in der Nationalversammlung eine Mehrheit, die auch sicher jetzt trotz der Verwicklungen in der Fraktionsstärke noch da ist, es wird vielleicht möglich sein, ohne neue Ausschüßberatungen dieses ungemein dringende Gesetzeswerk zustande zu bringen. (Sehr wahr! bei den Soz. und den U. S. D.) Wir haben uns auch davon leiten lassen, daß jetzt eine Menge außerordentlich wichtiger Fälle vorliegt, denen wir die Politik der Hebergangbestimmungen zugute kommen lassen wollen. Und wir erinnern uns, daß am 19. Mai der Herr Vertreter der Regierung, Herr Dr. Grünwald, damals der Nationalversammlung sagte, ich möchte die Erklärung abgeben, daß ich es als ein großes Unglück betrachten würde, wenn das Gesetz jetzt nicht zur Verabschiedung gelangen könnte. Durch eine Verschiebung der Angelegenheit wird nichts geändert; es wird nur geschadet. Der Herr Regierungsvizepräsident hat damals vielleicht das Urteil gegen die Marburger Freiwilligen vorausgesagt.

Wir waren also der Meinung: wenn wir die alte Fassung nehmen, dann ist es schnell möglich, die Sache zu verabschieden, wobei — und das will ich Herrn Dr. Rosenfeld zur Beachtung geben — keineswegs ausgeschlossen war, daß Abänderungsanträge bei einzelnen Paragraphen gestellt wurden. Ich bin mit ihm durchaus einig, daß § 10, der die Bestimmung mit den Regierungskommissaren enthält, zu befeitigen versucht werden muß. (Zuruf des Abg. Dr. Rosenfeld.) Ich habe Ihnen eben gesagt, Herr Kollege Dr. Rosenfeld, aus welchen Gründen wir die alte Fassung gewählt haben. Stellen Sie sich das, bitte, vor, was für dringende Arbeiten wir in der Nationalversammlung hatten und wie es uns schließlich gelungen ist, das Werk zustande zu bringen inmitten der Hast, mit der gearbeitet werden mußte. Da sagten wir uns: wir nehmen lieber einige kleine aber auch große Heberkämpfe mit in Kauf, wenn es uns nur gelingt, wenigstens die Hauptsache, nämlich die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit zu erreichen. Wir wurden gedrängt zu diesem Verfahren auch durch die Zahl der Fälle. Herr Kollege Warmuth hat die Ziffer 82.000 genannt. Da galt es, rasch zu handeln, denn wer schnell sät, der gibt doppelt. Da wird auch Herr Kollege Dr. Rosenfeld hoffentlich einverstanden sein, zumal Anträge in der zweiten Lesung angenommen werden können, wenn die Mehrheit des Hauses derselben Auffassung sein sollte, wie die Mehrheit der Nationalversammlung. Eine Verhandlung wird erzielt werden können, umso mehr, wenn die Minderheit weiß, es ist eine geschlossene Mehrheit da. Aus diesen Gründen ist nun auch heute zunächst zwischen Parteien versucht worden, zu vereinbaren, daß überhaupt nicht mehr zu dem Gesetz geredet wird.

Meine Herren, zu dem Gesetz haben wir nun nachgerade genug geredet im Reichsparlament. Was inbezug auf die Mängel des Gesetzes heute Herr Dr. Rosenfeld vorgebracht hat, mit Recht vorgebracht hat, hat mein Kollege Stüdtgen, habe ich und andere wiederholt in der Nationalversammlung dargelegt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Also zu was, sagten wir uns, immer dasselbe noch einmal sagen? (Zuruf des Abg. Crispian.) Berehrter Herr Kollege Crispian, glauben Sie, daß bei dieser Geschäftsfrage und bei der Dringlichkeit durch Heben der Entwurf sächlich zu verbessern ist? Hier gilt es, zunächst schnell etwas zu erreichen, und wenn wir das Gesetz rasch verabschieden können, so ist das auch mit Rücksicht auf das Marburger Urteil geboten, weil es dann vielleicht möglich ist, entsprechend der Fassung der Hebergangbestimmungen, die freigesprochenen Zeitfreiwilligen vor eine Strafammer oder ein Schwurgericht zu bringen, sie in der Verurteilungsinstanz der Militärgerichtsbarkeit zu entziehen und dieses Schandurteil ichimmiler Art zu beseitigen. Also aus Zweckmäßigkeitsgründen, die doch hoffentlich auch für die Herren Kollegen Crispian und Rosenfeld beachtlich sind, haben wir uns entschlossen, so zu verfahren wie geschähen ist. Leider drohen uns nun abermalige Ausschüßberatungen, und ich kann mir die neuen Schwierigkeiten dabei vorstellen, nach den bisherigen Erfahrungen. Wenn Herr von Gräbe und Herr Warmuth in die Kommission kommen, dann werden sie ihre „heiße Liebe“ für die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit natürlich aufs neue betätigen.

Abkommen-
abzug.
ungen vom 21.
Erhebung der
— Zentral-
892 — hat der
Blieferung der
arken gemachten
ung zugelassen:
ehr als 100 Ar-
hebung der von
ntsteuer mehrere
zhmerien) zu-
berechtigt, den
n das für die
lung einer fol-
dige Finanzami-
merneinnehmer)
t dann die vor-
e i facher Per-
inangamt aber
auch in diesem
hmeriebegriff, in
eine besondere
e Endsummen
einer derselben
it zusammenzu-
sich empfehlen,
von Steuermar-
rchtzuführen, in
Arbeitsnehmern
nen angewen-
ndene nur um
Es steht nichts
der Hierauf für
den Arbeitneh-
Verbrauch macht,
berer Gemeinde
unmittelbar an
1904
Presse für
4. Juni 1920,
der Verordnung
ntliche Zeugnisse
n
att S. 647
att S. 474
über Kriegsmas-
berührung von
att S. 401
tbl. S. 623
1920 darf beim
Reichshalter der
wichtig nicht über-
schlüssig
klasse C) 240 RT.
A) 340 RT.
B) 380 RT.
gen Hin-
klasse A) 420 RT.
Monaten 450 RT.
nen bei
... 350 RT.
erten
240 RT.
u Schafen
300 RT.
schäffchen
und Jäh-
360 RT.
Jäh-
amten
400 RT.
Bestimmung des
Landwirtschaft
ihren Besitz oder
und Mindestwert
n. Wahrscheinlich
dem sich die Ware
befindet.
iten Preise finden
er die Preise für
für Schlacht- und
es sich um Schaf-
em Tage der Ver-
nährung und
nung der Record-
Wehrdienstes aus
ab Schlachtopferden.
Über Kriegsmas-
rührung vom
tbl. S. 40)
tbl. S. 63)
über die Preise für
für Schlacht- und
tbl. S. 647)
tbl. S. 474)
über Herbeiföhrung
des Kriegs-Ge-
tbl. S. 647)
tbl. S. 474)
Verwendung des
a Schlachtopfer
der 1919 (Reichs-
em Tage der Ver-
nährung und Land-
zur öffentlichen
D.-S. 214
1920.
1904
Polizeidirektion.

Abg. v. Gräfe: Wir werden schließlich arbeiten, wie immer! Natürlich, aber Sie werden sich doch nicht die Zeit nehmen ablaufen, daß die Sache schnell geht. (Beifall links.) Sie wollen ja das Gesetz nicht, und wenn dem Herrn Kollegen Warmuth die Rede des Herrn Kollegen nicht gefaßt hat, man hätte Sie am 21. Juni das Gesetz nicht lobiert, so hätte Herr Warmuth heute seine Rede nicht gehalten. (Beifall links und rechts.) Gering, das Gesetz wäre ja da, wenn Sie nicht diesen Zwischenschritt nicht möglich gemacht, wie manches andere auch nicht. So aber haben wir wieder die Kämpfe und in der Kommission neue harte Auseinandersetzungen. Ich hoffe, daß die Parteien, die in der Nationalversammlung die Mehrheit gebildet, auch jetzt zu dem Gesetze stehen und die notwendigen Verbesserungen mit hineinbringen helfen werden.

Zu dem Marburger Freispruch wollte ich nicht im einzelnen sprechen. Das wird von berufener Seite von meiner Fraktion gesehen, wenn die Interpellation verhandelt wird. Aber gegenüber der Verteidigung, die Herr Kollege Warmuth dem Urteil zu teil werden lassen, will ich doch folgendes sagen: Herr Kollege Warmuth hat besonders betont, daß die freigesprochenen Freiwilligen übereinstimmend für ihre Anklage ausgesagt haben. Wenn die Angeklagten aber Sozialdemokraten, Unabhängige oder Kommunisten gewesen wären, wären sie sofort unter dem Verdacht der Verbundlungsgefahr verhaftet worden und hätten nicht die Möglichkeit gehabt, Verhandlungen untereinander zu treffen. (Sehr wahr! bei den Soz. und U.S.P.) Da es sich aber um Soldaten handelte, die gegen Unbekannte aufständische Arbeiter mit Waffengewalt vorgegangen sind, hat man sie heranzulassen und sie gegenständig vorzugehen lassen. (Erregte Zurufe von den U.S., Soz. und den Dem. — Zuruf rechts: Wehe!) Wenn da jemand, der selbst richtiger Beamter ist, und mit solchen Verteidigungsreden kommt, dann ist das doch ein bißchen merkwürdig. (Sehr wahr! bei den Soz. und U.S.P.) Der Anklagevertreter brachte es fertig, folgenden Satz auszusprechen, nachdem er davon gesprochen hatte, daß die Leute, die ergriffen worden sind, auf die Flucht gegangen sind: allerdings stünde man im vorliegenden Falle vor einem Mädel in der Psychologie, daß Gefangene, obwohl sie wußten, daß andere Flüchtlinge schon erschossen worden sind, dennoch den Versuch der Flucht gemacht haben. Die Gefangenen haben eben sicher geglaubt, daß sie ein Stück weiter geführt und dann erschossen würden. Wollen Sie bestreiten nach den Vorgängen in den letzten Monaten, daß die Gefangenen Grund zu dem Verdacht hatten, daß die Reichswehr so verfahren könnte? Ich erinnere mich noch mit Schrecken daran, als ich in meiner Eigenschaft als Gouverneur von Berlin, veranlaßt durch die Redaktion der unabhängigen „Freiheit“, die Gefangenen befragte und im Gefängnis in Moabit die Leute sah, die in einer geradezu barbarischen Weise von Soldaten mißhandelt worden waren. (Stuhl heul bei den Soz.) Und was für Zustände ich in den Gefängnissen angetroffen habe, das war einfach schauderhaft. (Abg. v. Gräfe: Wie hatten denn die die Reichswehr vorher behandelt! — Zurufe von den U.S.) Von Erschießungen und Mißhandlung Gefangener hatten natürlich die Gefangenen von Moabit bei Moabit gehört und sie vermuteten wahrscheinlich, daß sie erschossen werden würden. Das war die Psychologie der Gefangenen, und wenn ein Anklagevertreter diese Psychologie der Gefangenen nicht begreifen kann, so ist das für die Militärjustiz charakteristisch.

Und dann, meine Herren, noch eins! — und das sage ich ausdrücklich den Herren von der äußersten Rechten — Warum kämpfen Sie gegen die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit? Warum wollen Sie heute eigentlich ernsthaft die Aufrechterhaltung dieses Zustandes begründen? Etwa aus militärischen Gesichtspunkten heraus? Wir haben in Zukunft eine Truppe, wenn die Entente es erlauben sollte, von 200 000, vielleicht von 150 000, wahrscheinlich nur von 100 000 Mann. (Zuruf des Abg. Crispian.) Ja, ich bin eben etwas anderer Meinung als Sie, Herr Kollege Crispian. Ich behaupte, daß ich anderer Meinung sein muß als Sie in bezug auf die Notwendigkeit einer bewaffneten Macht. Aber nehmen wir an, wir haben 100 000 Mann, ein sogenanntes Söldnerheer, glaubt Herr v. Gräfe oder glaubt irgend jemand, daß man diese gegen ein solches Heer von 100 000 Mann mit Hilfe des Militärstrafverfahrens zusammenhalten und militärisch in gutem Sinne beeinflussen kann? (Abg. von Gräfe: Beeinflussen?) Was früher vielleicht, als wir noch das alte Heer hatten, von Ihrem Standpunkt aus, nicht von meinem aus, Sinn hatte, das hat jetzt jeden Sinn verloren. (Zuruf des Abg. v. Gräfe.) Wir müssen die Ordnung bei diesen 100 000 Mann und ihre militärische Leistungsfähigkeit mit ganz anderen Mitteln erreichen, als mit den Mitteln des alten Staates und der alten Einrichtungen. (Abg. v. Gräfe: In der Schweiz haben sie es doch auch! — Zuruf von den U.S.) Verneinen Sie eins nicht, Herr v. Gräfe, daß in der Schweiz die Militärgerichtsbarkeit historisch auf ganz anderen Grundlagen fußt als bei uns. Mit den alten Mitteln kann man das zukünftige Heer nicht zusammenhalten. Meine Herren von der Rechten, ich will Ihnen sagen, daß ich einen Verdacht nicht los werde: Sie wollen die Militärgerichtsbarkeit aufrechterhalten, weil Sie sich

jungen, sämtliche Jollen kommen; wir werden schließlich das Heer wieder in die Hand bekommen und dann die Truppen benutzen können. Da wollen wir eine sogenannte geistliche Grundlage zum Schutz für dieselben haben, die mit Waffengewalt Revolutionäre niederzuschlagen, sei es einzeln oder zu Hunderten. Sie wollen natürlich eine Legalisierung des wahren Schreckens. Ich fürchte, daß das Ihre Absicht ist und die Absicht vieler, die dieses Gesetz lobieren. (Widerpruch rechts. — Zurufe von den U.S.) Da ist auch Ihr Widerspruch nichts. Nachdem Herr Kollege Warmuth sich mit diesem Eifer für das Urteil gegen die Marburger ins Zeug gelegt hat, muß ich wohl oder übel unsere Lehnen geltend machen. Daß ich das heute nicht tun wollte, weiß Herr Kollege Warmuth, weil ich überhaupt heute nicht sprechen wollte, um die Durchführung des Entwurfs zu beschleunigen. (Zurufe.)

Auf weitere Einzelheiten will ich nicht mehr eingehen. Ich bitte Sie, meine Herren, wenn Sie die Kommissionsberatung beschließen, in Ihren Fraktionen darauf hinzuwirken, daß so schnell wie möglich der Entwurf Gesetz wird und daß auch Verbesserungen durchkommen. Gläubigen Sie mir, daß die Beschleunigung der Militärgerichtsbarkeit und diese der bisherigen Rechte im Volkseigentum, Erregung hervorruft, und daß wir manchen böse Einfluß in den letzten Wochen durch die Angelegenheiten der Militärgerichtsbarkeit hatten, und auch deshalb, weil die weitere Aufrechterhaltung der Militärjustiz im Widerspruch steht zu allem, was in Deutschland geworden. Sie leisten dem ganzen Lande und für die Beruhigung großer Volksteile einen großen Dienst, wenn Sie am raschen Zustandekommen dieses Gesetzes mitwirken, und wenn Sabotageakte gegen eine Sache ausgegeben werden, die durchzuführen menschliche Pflicht ist und die politische Vernunft und das Interesse des deutschen Volkes gebietet. (Bravo bei den Soz.)

Politische Uebersicht.

Amerikanische Milchläse für Deutschland.

Die Deutsch-Amerikaner bereiten eine großartige organisierte Hilfsaktion für das deutsche Volk vor: Die Union geht von der American Dairy Cattle Company aus. Diese nicht auf Profit arbeitende Milchläse-Gesellschaft ruft alle Deutsch-Amerikaner und besonders die Farmer zur Abgabe von Milch an auf, die in Deutschland gesendet werden sollen. Die Gesellschaft entsendet, ähnlich wie es auch viele Englisch-Amerikaner (z. B. die Quäker) tun, eine außerordentlich umfangreiche Propaganda für das Liebeswerk, in der immer wieder auf das Massensterben und das Hungerelend in Deutschland hingewiesen wird. Man hofft auf diese Weise 100 000 Milchläse für Deutschland zusammen zu bekommen.

Das landwirtschaftliche Fachblatt „National Farmer in Winona, Minn., U. S. A.“ veröffentlicht in seiner Nummer 18 vom 1. Februar 1920 einen „Aufruf an die Farmer deutschen Stammes in America“. Es heißt darin unter anderem:

„Es ist eine Unmöglichkeit, durch den Kauf und die Ausfuhr großer Mengen amerikanischer Milchpräparate dauernd dem alten deutschen Vaterlande in seiner schrecklichsten Not, in dem Massensterben und in der gräßlichen Verklammerung der deutschen Kinder, Hilfe zu bringen. Hilfe kann nur dadurch wirksam gebracht werden, daß wir die deutsche Milchwirtschaft wieder zu leistungsfähig machen, daß sie imstande ist die deutsche Kinderwelt und das ganze deutsche Volk in genügender Menge mit ihren Erzeugnissen zu versorgen. America ist noch Lage der Dinge das einzige Land, von dem diese Hilfe kommen kann. Wir allein haben die dafür geeigneten Viehställe. Unser Vieh genügt sich ohne weiteres an das europäische und deutsche Klima. Und wir besitzen insbesondere sehr leistungsfähiges Vieh, das die hohen Kosten des überseeischen Transportes lohnt.“

In dem genannten Fachblatt „National Farmer vom 15. Mai dieses Jahres veröffentlichte dann die Amerikanische Milchläse-Gesellschaft The American Dairy-Cattle Co., 123 West Madison Street, Chicago, Ill., U. S. A., eine Kundmachung, aus der ersichtlich ist, wie großzügig die Sammlung und der Transport der Tiere eingerichtet wird.

Gute Zeiten für Landwirte.

Die neue Verordnung über Frühdrück.

Durch eine sofort in Kraft gesetzte Verordnung vom 30. Juni 1920 hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, wie die „R. P. N.“ erfahren, Lieferungsauflagen für Brotgetreide und Gerste in Höhe von 200 Mrd. für die Lieferung bis 1. August und von 150 Mrd. für die Lieferung bis 15. September festgesetzt, und zwar mit Rücksicht auf die bis vor Inkrafttreten der Verordnung gelieferte Getreide neuer Ernte. Um die Folgen einer unvorhergesehenen Verspätung der Ablieferung möglichst abzumildern, ist einerseits in der Verordnung vorgesehen, daß die Landesregierungen aus allgemeinen Gründen (Höhenlage, späte Ernte) die Fristen um vier Wochen

mit Genehmigung des Reichsernährungsministeriums ausdehnen dürfen und daß auf der anderen Seite auch der einzelne Landwirt eine Fristverlängerung von zwei Wochen für eine unveränderte Ablieferung erlangen kann, ohne der Zuschläge verlustig zu gehen. Eine Veranmerkung des Brotpreises wird durch die Lieferungsverhältnisse unter seinen Umständen eintreten.

Daß eine Verteuerung des Brotpreises infolge der Frühdrückverträge nicht eintritt, ist als Erstbedingung nicht in Frage kommen, denn sehr notwendig wäre ein Abbau der Brotpreise. Für das Getreide der neuen Ernte sind so hohe Preise festgesetzt worden, daß eine sachliche Verzinsung für die Frühdrückprämien nicht besteht. Das Reichsernährungsministerium hat allerdings die Sorge, daß die Getreideablieferung so früh wie eben möglich beginnt, um die Brotverfügung wieder sicher stellen zu können. Sein Vorgehen ist deshalb begründet, wenn auch nicht zu billigen. Mäßen die Landwirte nicht auch ohne diese besondere Prämie aus sich heraus so viel Gemeinnutz aufbringen und die Ablieferung nach allen Kräfte beschleunigen? Daß noch extra bezahlt werden muß, um zu erreichen, daß etwas, was sich selbstverständlich sein müßte, nun auch wirklich geschieht, das ist ein Jammererfolg für den Gemeinnutz, für die Vaterlandsliebe der Landwirte. Die Landwirte sollen einen angemessenen Verdienst haben. Aber, wozu führt es, wenn, um ihre bloße Pflichterfüllung zu erzielen, noch besondere Prämien bezahlt werden müssen? Sicher nicht zur Gesundung, sondern zur Verschlimmerung.

Das Todesurteil gegen einen deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Im Januar 1918 erkrankte der deutsche Kriegsgefangene O. S. der Bauernhepate Desmarbets zu Pövel und wurde deshalb vom Kriegsgericht zu Nouen im Juni 1918 zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung der Strafe konnte aber im Hinblick auf Artikel 84 der bekannten Berner Vereinbarung nicht erfolgen. Nach diesen Vereinbarungen dürfen Verurteilungen von Entente-Kriegsgefangenen in Deutschland und deutschen Kriegsgefangenen in Entente-Ländern nur dann vollstreckt werden, daß die Verurteilungen in Speziallagern untergebracht, im übrigen aber genau so wie andere Gefangene behandelt werden.

Im französischen Senat ergab sich nun große Entrüstung über die ohne Behandlung des seit zwei Jahren zum Tode verurteilten Mörder.

Die im Berner Vertrag vereinbarte Vergünstigung kommt genau so wie dem verurteilten Deutschen auch dem Soldaten Emil Vuillequès vom 85. französischen Infanterie-Regiment zugute, der eine alte deutsche Wägen in während seiner Kriegsgefangenschaft in bestialischer Weise mit Krüchten erschlagen hat. Der Mann ist längst nach Frankreich heimgekehrt. Dort ist ihm wegen des Vergehens nichts geschehen. Die Straftatung des Deutschen, dessen Tat nicht bestraft werden darf, ist verhältnismäßig ungeschickter, wäre aber aber auch menschlich nicht zu rechtfertigen. Der Mann hat seit zwei Jahren ständig in der Gefangenschaft hingerichtet zu werden. Ihn jetzt noch an die Wauer zu stellen oder einen Raub fänger zu machen, würde ein sibirischerer Staat selbst dann nicht fertig bringen, wenn kein Vertrag es ihm verbietet.

Ein Pfarrer in der U.S.A.

Ein protestantischer Geistlicher, welcher Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist, wurde in der Person des Pfarrers Dr. Valentin Sad in Kalifornien vom Konstitutional der Pfalz in dauernden Ruhestand versetzt. Die Pensionierung war das Ergebnis eines gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahrens.

Badische Politik.

Sonntagsvorortzüge oder Ausgabe von Sonntagsfahrkarten.

Die enorme Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise hat für die werklagige Bevölkerung neben andern lässigeren Nachteilen auch den gebracht, daß sie auch an Sonntagen vor dem Wohnort und seine allernächste Umgebung geradezu gefesselt ist. Für die Mehrzahl der verheirateten Arbeiter, Angestellten und Beamten ist es heute beinahe unmöglich geworden, mit der Familie Sonntags selbst nur die nahen schönen Täler aufzusuchen, um dort ein paar Stunden Erholung zu finden. Selbst bei Benützung der 4. Wagenklasse stellt sich der Fahrpreis pro Kilometer auf 10 und mehr Pfennige. Wozu noch kommt, daß um von Karlsruhe Verhältnissen zu sprechen, die Altalbahnen und die Expresverbindungen Svod-Dürmersheim noch höhere Fahrpreise als selbst die Staatsbahn haben. Einladend zu

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjew.

„Ah, sehen Sie!“ rief Arkadi; und nach einigen Augenblicken setzte er hinzu: „Und warum würden Sie ihn nicht beiraten?“

„Weil schon im Liebes eine ungleiche Heirat abgeraten wird.“

„Sie möchten wohl lieber herrschen, oder...“

„O nein! Und warum auch? Im Gegenteil, ich wäre vollkommen bereit, mich unterzuordnen; aber die Ungleichheit scheint mir etwas Unerträgliches. Sie selbst achten und doch sich unterordnen — das begreife ich; darin besteht das Glück; aber Ungleichheit... Abhängigkeit... Nein, davon habe ich genug.“

„Dobon haben Sie genug,“ wiederholte Arkadi. „Ja, ja,“ fuhr er fort. „Sie stammen nicht umsonst von demselben Stamme wie Anna Sergejewna; Sie haben denselben Unabhängigkeitsinn wie sie; aber Sie können sich besser verstellen. Ich bin überzeugt, Sie würden nie zuerst eine Neigung eingestehen können, wie mächtig und heilig sie auch sein möge!“

„Aber das ist ja doch ganz natürlich!“ sagte Katia.

„Sie sind beide klug; Sie haben ebenso viel, wenn nicht noch mehr Charakter als sie.“

„Stellen Sie keinen Vergleich an zwischen mir und meiner Schwester, ich bitte Sie,“ unterbrach ihn Katia rasch; „er würde zu ungünstig für mich ausfallen. Sie scheinen vergessen zu haben, daß meiner Schwester noch etwas anderes eigen ist: Geist und Schönheit und... Vor allem Ihnen, Arkadi Nikolajewitsch, ziemt es nicht, solche Worte zu sagen, am wenigsten mit so ernster Miene.“

„Was bedeutet dies; vor allem Ihnen? — und woraus schließen Sie, daß ich scherze?“

„Ja, ganz bestimmt, Sie scherzen.“

„Glauben Sie? Und wenn ich von dem, was ich sage, Abrennen wäre? Wenn ich der Ansicht wäre, daß ich mich noch nicht bestimmt genug ausgedrückt hätte?“

„Ich verstehe Sie nicht.“

„Wirklich nicht? Nun, jetzt seh ichs: ich habe Ihr Beobachtungstalent zu hoch eingeschlagen.“

„Wie so?“

Arkadi antwortete nicht und wandte sich ab und Katia fand noch einige Brotkrumen in dem Korbe und wollte sie den Spazier hinvorfegen; aber sie gab ihrem Arm einen zu kräftigen Schwung, und so flogen die Bogen fort, ehe sie etwas ausgepickt hatten.

„Katharina Sergejewna!“ sagte Arkadi plötzlich, „es ist Ihnen das wahrscheinlich gleichgültig, aber ich erkläre Ihnen, daß ich Sie nicht nur Ihrer Schwester, sondern auch... jedem Menschen auf Erden vorziehe.“

Er stand auf und eilte mit raschen Schritten fort, als wäre er erschrocken über die Worte, die ihm über die Lippen gekommen waren.

Katia ließ beide Hände zugleich mit dem Korbe in den Schoß sinken, neigte den Kopf und blühte Arkadi lange nach. Eine leichte Röte färbte langsam ihre Wangen, aber ihr Mund lächelte nicht und ihre dunklen Augen drückten nicht nur Enttäumen, sondern auch noch ein andres Gefühl aus, ein Gefühl, für das sie noch keinen Namen hatte.

„Bist du allein?“ ließ sich neben ihr die Stimme der Schwester vernehmen. „Ich glaube, Arkadi hätte dich in den Garten begleitet.“

Katia richtete langsam die Augen auf ihre Schwester, die, geschmackvoll, ja sogar elegant gekleidet, vor ihr auf dem Wege stand und mit der Spitze des geöffneten Sonnenhutes ihres Ohren tikelte.

„Ja, allein,“ antwortete Katia.

„Das sehe ich,“ antwortete ihre Schwester lachend; „er ist also wieder ins Haus gegangen?“

„Ja.“

„Sahst ihr zusammen gelesen?“

„Ja.“

Anna Sergejewna sah Katia am Stimm und hob ihren Kopf in die Höhe.

„Habt euch doch hoffentlich nicht gekannt?“

„Nein,“ sagte Katia, indem sie sanft die Hand ihrer Schwester entfernte.

„Wie feierlich du mir antwortest! Ich dachte ich hier zu finden und wollte ihm einen Spaziergang vorschlagen. Er hat mich schon lange darum gebeten. Man hat dir aus der Stadt deine Stiefelchen gebracht, geh und probiere sie; ich habe schon gestern bemerkt, daß deine alten ganz abgetragen sind. Ueberhaupt vernachlässigst du dich in dieser Beziehung zu viel, und doch hast einen sehr hübschen kleinen Fuß! Auch deine Hand ist schön... nur etwas groß; du solltest deshalb mehr auf deine Füße achten... Aber du bist nicht fett.“

Und leicht rauschend mit ihrem schönen Kleide entfernte sich Anna Sergejewna durch die Allee. Katia stand von der Bank auf, nahm keine und ging ebenfalls — jedoch nicht um ihre Stiefelchen anzuprobieren.

„Ein hübscher kleiner Fuß!“ dachte sie, langsam aber leicht die Terrasse hinaufsteigend, deren Stufen von der Sonne erwärmt waren. „Ein hübscher kleiner Fuß, sagte sie... Nun, es dürfte nicht mehr lange dauern, bis er zu meinen hübschen kleinen Füßen liegt.“

Aber in demselben Augenblick empfand sie ein Gefühl der Scham und eilte rasch ins Haus.

Arkadi schritt durch den Korridor nach seinem Zimmer. Der Haushofmeister kam hinter ihm hergeißelt und teilte ihm mit, daß ihn Herr Nolaroff erwarte.

„Eigen!“ rief Arkadi fast erschrocken. „St er schon lange hier?“

„Er ist diese Minute gekommen, befehl mir aber, ihn Anna Sergejewna nicht zu melden, sondern ihn direkt in Ihr Zimmer zu führen.“

„Sollte zu Hause ein Unheil geschehen sein?“ dachte Arkadi, und rasch die Treppe hinunter, rief er die Tür weit auf. Der Anblick seines Freundes beruhigte ihn sofort, obgleich ein gelblicher Anzug in seinem allerdinges immer noch energischen aber ein wenig abgemagerten Gesicht wahrnehmlich die Kennzeichen einer inneren Aufregung entdeckte hätte. Den staubbedeckten Mantel um die Schultern und die Reimeisen auf dem Kopfe — so sah er auf dem Fensterrahmen; er stand selbst dann nicht auf, als Arkadi sich ihm mit einem lauten Freudenlächeln um den Hals warf.

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 153
einer Wort
mühtigen
Wörter, w
den größt
schönen E
und Baum
seiner Kind
die einfach
der Wande
Soll. W
das Glück
unsere Be
Und das i
erheblich
einst best
Überkühn
wählen: ei
pro Bertou
stüblicher
unteren M
erfindung
gen, gehör
der Bevölke
Niem
werden, w
würde, un
Sonntags
orttari
und nicht r
ein 75 Pf
müssen wir
auf den L
Sonntagen
der Nichtun
einige Wo
Breiben, w
glauben Pa
schlecht abid
Wir gl
malation i
Kohlenman
züge nicht a
die Vermo
Hilfsmittel
werden, wie
gen üblich
nur innerch
für die Er
Städten au
Diese Karte
damit verb
Drittel
werden. I
der Deutsch
legung von
von Sonnt
glauben zu
nichts zu l
hat.
Der heu
den badisch
ung, um
Sie aber k
der angeleg
schafts- und
legenheit
sodah eben
mühtige M
In
N. Zu
bische La
Fraktion, d
60 auf 300.
entragte in
sitzhaften.
der Herren
Der Bericht
hängigkeit
angenommen
Zentrumsab
aus. Dr.
schon als le
mit geschwie
den tonne
Marchlof
sunene Ge
trag, denn d
ten. In M
Demokraten
Ameigung
Sondere
genden Wör
bergerichte
sen Worten
and Kaufman
Im Inte
Lehnung des
den Antrag
Abg. Schöpfle
abgeordnete
den Saal ver
demokratischer
gegenüber
wobnern ist
teil. Anstatt
meidergerich
wobner nach
Sierbuch ent
sahren, Ann
mezt des Pr
Zentrums u
beten angele
Bauernbürger
Aufgaben ein
wogu zu sag
wenn anstell
schwerstand
Berleien tä
die Annähe
werden eine
lichen Motive
nicht geleitet.

Deutsche Denkschriften für Spa.

Was Deutschland wird leisten können?

über 4 1/2 Millionen Tonnen Nahrungsmittel und mindestens 300 000 Tonnen Rohphosphat. Dafür benötigt Deutschland ausländische Kredite in Form einer Notanleihe. Schließlich beschäftigt sich die Denkschrift mit den Voraussetzungen für die

einer vorher und Geist erfrischenden Wanderung in ammittigen Tälern, über herrliche Höhen und durch erfrischende Wälder, winten die nahen Berge den Erwerbstätigen in den größeren badijschen Städten zu. Sehnüchlich blickt an schönen Sommertagen der Proletarier, der Angestellte und Beamte nach den Bergen, vernimmt das Krängen seiner Kinder, die sich nach einer Wanderung sehnen, aber die einfach unerreichliche Höhe der Fahrpreise gebietet der Wanderlust und dem Erholungsbedürfnis ein brutales Gift. Wir haben jetzt an Eisenbahnstationen, sehen das Strahlen der Schienen und sind beinahe, wie einst unsere Vorfahren, an die Mauern des Wohnortes gebunden. Und das unter Verhältnissen, die für die heutige Generation erheblich ungünstiger sind als die, die für unsere Vorfahren einst bestanden haben. Um ein paar Beispiele für die Unerschwinglichkeit der Fahrpreise für Familienausflüge zu wählen: eine Fahrt nach Wiesbaden und zurück kommt pro Person auf über 4 M. zu stehen. Nur wenige Familienmitglieder können, wenn sie mit Frau und Kinder nur dem unteren Mittelstand einen Besuch abstatten wollen, diesen Preis erschwingen. Nach dem Murg- und Bihlertal auszufahren, gehört schon ins Reich der Phantasie für die Mehrzahl der Bevölkerung.

Diesem gemeinschaftlichen Zustand könnte abgeholfen werden, wenn sich die Eisenbahnverwaltung entschließen würde, und mit ihr die Verwaltungen der Lokalbahnen, Sonntagsvorortzüge zu einem niedrigen Vorkartarif einzulegen. Von Berlin aus fährt man — und nicht nur Sonntags — dank des Vorkartarfs — für etwa 75 Pfg. ungefähr 30 Kilometer; für die gleiche Strecke müssen wir hier 3 M. bezahlen, auf der Mittelbahn und auf den Lokalbahnen noch erheblich mehr. Würden an Sonntagen von den paar größeren Städten Badens aus in der Richtung der allgemein stark genährten Ausflugsgebiete einige Vorkartarife eingeleitet werden zu niedrigeren Preisen, wäre es eine Wohltat für viele Böhntensende. Wir glauben kaum, daß der Eisenbahnstatus finanziell dabei schädlich abändern würde.

Wir glauben auch auf Grund der eingezogenen Informationen sagen zu können, daß heute Lokomotiven- und Kohlenmangel die Einlegung von einigen Sonntagsvorortzügen nicht ausschlaggebend zu hindern brauchen. Will aber die Verwaltung diesen Weg nicht gehen, könnte zu dem Hilfsmittel der Sonntagsfahrkarten gegriffen werden, wie sie früher vielfach bei manchen Bahnverwaltungen üblich waren. Wenn diese Sonntagsfahrkarten auch nur innerhalb eines Gebietes Geltung haben würden, das für die Errichtung eines Vorortverkehrs von den größeren Städten aus in Betracht käme, wäre schon viel geholfen. Diese Karten könnten, oder besser gesagt müßten, sollte der damit verbundene Zweck erreicht werden, etwa für ein Drittel der heutigen Fahrpreise abgegeben werden. Das 15- oder vielleicht das 20-Milliarden-Defizit der deutschen Eisenbahnen würde sicherlich durch die Einlegung von Sonntagsvorortzügen oder durch die Ausgabe von Sonntagsfahrkarten keine Erhöhung erfahren. Wir glauben zu wissen, daß z. B. der Berliner Vorortverkehr nichts zu dem Mißstand der Eisenbahnen beigetragen hat.

Der heutige Zustand ist für viele Bevölkerungskreise in den badijschen größeren Städten eine ähmerre Benachteiligung, um nicht zu sagen, eine Qual zu den vielen andern. Sie aber könnte beseitigt werden, unter Begebung eines der angegebenen Wege. Vielleicht nehmen sich die Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen einmal dieser Angelegenheit an, ebenso auch unsere Genossen im Landtage, so daß eventuell noch in diesem Sommer die gewünschte Milderung eintreten kann.

Zur Zukunftsfrage der Gemeinderichte.

Am 30. Juni 1920 beschloß die badische Landtag mit dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Zuständigkeitsgrenze der Gemeinderichte von 60 auf 300 M. zu erhöhen. Der Ausschuß für Rechtspflege beantragte indessen, die Zuständigkeitsgrenze nur auf 120 M. festzusetzen. Mit den sachdienlichen Gründen wurde seitens der Herren Juristen der Antrag des Ausschusses begründet. Der Berichterstatter Dr. Reiser meinte, die richterliche Unabhängigkeit sei gefährdet, falls der sozialdemokratische Antrag angenommen wird. In gleichem Sinn sprachen sich auch die Zentrumsabgeordneten Dr. Witte mann und Schneider aus. Dr. Witte mann beschwerte die Erhöhung auf 120 M. schon als sehr hoch. Auch Justizminister Traut sprach ihnen mit geschickten juristischen Auslegungen bei. Mit anderen Worten konnte der Sprecher der sozialdemokr. Fraktion, Genosse Marxhoff, den sozialdemokr. Antrag begründen. Der gegenwärtige Geldwert rechtfertigt durchaus den sozialdemokr. Antrag, denn der Geldwert ist um mehr als das fünffache gestiegen. In Wirklichkeit war der Standpunkt des Zentrums und der Demokraten und der Mehrheit der Deutschnationalen den einer Abmilderung und innerlichen Gegnerschaft gegen die Sondergerichte im allgemeinen diktiert. Dies kam in folgenden Worten des Abg. Dr. Reiser zum Ausdruck: „Die Sondergerichte spielen an sich schon eine zu große Rolle.“ In diesen Worten liegt auch eine Feindseligkeit gegen die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Im Interesse der minderbemittelten Volkskreise ist die Ablehnung des sozialdemokr. Antrages sehr zu bedauern. Für den Antrag stimmten außer der sozialdemokr. Fraktion nur der Abg. Schöppe (D.) und Raft (Ztr.). Einige andere Zentrumsabgeordnete und Deutschnationalen hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen, da sie wohl von der Nichtigkeit des sozialdemokratischen Antrages überzeugt waren. Denn das Verfahren vor den Gemeinderichten ist ein rasches und billiges im Gegensatz zu den Amtsgerichten. Besonders auch den Landbewohnern ist die Ablehnung des sozialdemokr. Antrags von Nachteil. Anstatt daß geringfügige Prozesse vor dem örtlichen Gemeindericht ausgetragen werden können, müssen die Landbewohner nach der oft hundemweit entfernten Amtsstadt, Gierdurch entsetzlichen Unkosten durch Zeitverlust, Kosten des Verfahrens, Anwaltskosten, die in keinem Verhältnis zum Streitwert des Prozesses stehen. Die Haltung der Demokraten, des Zentrums und der Deutschnationalen charakterisiert treffend deren angebliche Bauernfreundlichkeit. Auch wurden die Bauernbürgermeister bei fast erhöhter Zuständigkeit als den Aufgaben eines Gemeinderichters nicht gewachsen bezeichnet, was zu sagen ist, daß es schon manchmal gut gewesen ist, wenn anstelle juristischer Epithetendieken der gesunde Menschenverstand entscheidet hat. Die Stellung der bürgerlichen Parteien trägt dazu bei, daß auf Kosten der Rechtsfindenden die Annahme mehr Beschäftigung erhalten; auch die Amtsgerichte werden eine größere Belastung erfahren. Von volkswirtschaftlichen Motiven war also die Haltung der bürgerlichen Parteien nicht geleitet.

Das eingehende Gutachten der deutschen wirtschaftlichen Sachverständigen über Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das am 30. Juni dem Obersten Rat neben zwei amtlichen Denkschriften über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und über die Steuerbelastung in Deutschland von der deutschen Regierung als Material für die Verhandlungen in Spa überreicht worden ist, enthält in seinem ersten Teil eine ausführliche Darstellung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Es werden zunächst die vornehmsten wirtschaftlichen Wirkungen der Waffenstillstandszeit geschildert, weiter die Minderung der deutschen Produktivkräfte durch den Vertrag zu Versailles und ihre verhängnisvollen Folgen in allen ihren Einzelheiten.

Der zweite Teil des Gutachtens beschäftigt sich mit den Voraussetzungen zur Restitutions des Wiedererholungsbeitrages, und behandelt zunächst das Angebot der deutschen Friedensdelegation in Versailles vom 29. Mai 1919, wobei Deutschland sich zu Zahlungen bis zur Höhe von 100 Milliarden Gold verpflichtete. Eine Wiederholung dieses Angebots könne nicht mehr erfolgen, weil einmal von den damit als interpretierender Teil des deutschen Angebots aufgezählten Voraussetzungen (vor allem Belastung Ost- und Westpreußens, Ober-Schlesiens und des Saargebietes, Selbstbestimmungsrecht für Deutschösterreich, Belassung der Kolonien als Mandat der Völkerbündnis, Verzicht auf Auslieferung der Einzelstaaten, keine Okkupation deutschen Gebiets), auch nicht eine einzige erfüllt worden sei, so daß aber auch die gesamte äußere und innere Wirtschaftslage Deutschlands sich unter erheblicher Mitschuld der alliierten und assoziierten Mächte wesentlich verschlechtert habe.

Bei der Kohlenlieferung bleibt nach Ansicht der Sachverständigen kein anderer Ausweg, als den geeigneten Staaten, insbesondere also Frankreich, zwar eine Option auf bestimmte Kohlenmengen zu gewähren, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Lieferung auf Basis der im freien Weltverkehr sich bildenden deutschen bzw. englischen Ausführpreise tatsächlich bezahlt werden.

Weiter ist es erforderlich, daß Deutschland, da es nicht genügend exportieren kann, einen

Teil seiner lebendigen Kräfte ins Ausland sendet, um durch verbundene Arbeit einen weiteren Betrag aus ausländischen Zahlungsmitteln zur Abgeltung seiner Wiedergutmachungsschuld zu erhalten. Die Sachverständigen halten es für unerlässlich, daß die Verhandlungen über eine Arbeitsverteilung beim Wiederaufbau Frankreichs mit allem Nachdruck fortgesetzt und einem greifbaren Ergebnis zugeführt werden.

Eine weitere Notwendigkeit für Deutschland ist die Einfuhr derjenigen Waren, die für unmittelbare Wiederherstellung der menschlichen Arbeitskraft und der Landwirtschaft nötig sind. Der unbedingte Einfuhrbedarf für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis zum 30. Juni 1921 beträgt nach Berechnung der Sachverständigen

Wiederbedarf für Beamte und Lehrer. Wie der „Karlshofer Zeitung“ mitgeteilt wird, können die Beamten und diejenigen Lehrer, die ihre ständigen Bezüge aus der badijschen Staatskasse erhalten, ferner die vertragmäßigen Bediensteten und die händigen Arbeiter unter bestimmten Voraussetzungen in gleicher Weise wie im vorigen Jahre zur Beschaffung von Vorräten an Getreide, Kartoffeln, Gemüse und Obst auch für den Winter 1920/21 auf Ansuchen Vorläufe auf ihre Dienstbezüge erhalten.

Der badijsche Bauernbund, der badijsche Ableger des norddeutschen Bauernbundes der Landwirte folgte am Sonntag in Karlsruhe. Den ersten Teil der Verhandlungen füllten die Klagen über die neue „Kaufspreng“, den badijschen Bauernverband aus. Dann sprach Raft II aus Großhadern über die Wirtschaftslage. Seine Ausführungen wurden in einer Entschiedenheit zusammengefaßt, worin es heißt, daß die unzureichliche Aushebung der Zwangswirtschaft landw. Erzeugnisse verlangsamt wird. Bestimmt erwartet wird 1. die Aufhebung der Kaufspreng, 2. die Aufhebung der Nationalisierung der Erzeugnisse, 3. die Milderung der Preise der höchsten des Getreides 1920/21. Der Verlust und die Verdrängung von Lebensmitteln in das Ausland ist zu vermeiden. Eine genügende Versorgung der Landwirtschaft mit Getreide ist die Voraussetzung für die Erzeugung von Fleisch und Fett. Die Gemeinden sind zu beratungsbereiten, hinsichtlich Milchlieferungsverträge mit den Erzeugern abzuschließen.

In der Aussprache behandelte Reichstagsabg. Bürgermeister Raft II in Wehrheim die Einigungsfrage in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft müßte wieder erblühen, so meinte Herr Raft, und das gelänge nur, wenn Zwangswirtschaft und Kommunalverbände zu Grabe getragen werden. (Die Ehrlichkeit ist also eine Handelsware! Auch eine Ansicht! Die Red.) Der Redner forderte die Landwirte zur reichlichen freiwilligen Ablieferung ihrer Lebensmittel auf.

Deutscher Reichstag.

Interpellationen wegen der Ernährungs- und Feuerungsnot.

Berlin, 5. Juli 1920.

Haus und Tribünen sind trotz der Bedeutung der Tagesordnung für das allgemeine Wahlrecht mäßig besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung beruht das Haus das Diätengesetz an die Geschäftsordnungskommission.

Die Interpellation der rheinisch-westfälischen Abgeordneten über die Schwierigkeiten der Brotverfertigung wird mit den Interpellationen der Unabhängigen wegen der fortgesetzten Erhöhung der Erzeugerpreise für die landwirtschaftlichen Produkte verbunden. Abg. Erkens (Dem.) begründet die erste Interpellation und schildert namentlich die ungesunde Zusammenfassung des Brotes, bei der die Erbsamengen das Mehl bei weitem übersteifen. Die durch die Regierung zu leistenden Mengen träfen in schlechtestem Zustande ein. Mit Vorbedingen sei die Regierung gleich bei der Hand, aber es gelänge nichts. Reht sie es so weit, daß in einzelnen Städten in 14 Tagen kein Brotgeiz und kein Mehl mehr vorhanden sein werde. Nigende sei es so schlimm, wie im Industriegebiet, wo auf 10 Prozent Mehl 90 Prozent Erbsstoffe kämen. Dabei gäbe es genügend Weizenmehl, das zu Bäckereipreisen, 1300 Mark für den Doppelzentner, an die Bäder gegeben werde, damit sie Krüchen und Weißbrot daraus backen können. Diese Weizenmengen müßten beschlagnahmt werden. Ueberhaupt bedürfe das ganze System der Getreideversorgung einer Verbesserung. Die Zwangswirtschaft habe verfaul. Ein Ausweg wäre neben der Zwangswirtschaft im Industriegebiet auch die freie Einfuhr zu veranlassen. Abg. Dr. Fern (N. S.) beantwortet die Interpellation der Unabhängigen. An den Bäckereipreisen für Obst und Gemüse

Abgabe eines neuen deutschen Angebots und kommt zu dem Ergebnis, daß ein solches Angebot nur möglich ist, wenn bei der Ausführung des Vertrages zu Versailles von folgenden Voraussetzungen ausgegangen wird, die allerdings eine abschließende Aufzählung nicht darstellen:

Deutschland wird im Wege der Gegenseitigkeit Restitutionspflicht, wirtschaftliche Gleichberechtigung und Rechtsicherheit im Ausland gewährt.

Der Wirtschaftsfrieden wird durch ausdrücklich zuzugewandte Nichtanwendung der Repressalienkaufel gesichert.

Deutschlands Wirtschaftshoheit im Inland bleibt unangefastet.

Deutschlands Einseitigkeit als Zollgebiet wird durch keinerlei Eingriffe gefährdet.

Freier Verkehr mit Ostpreußen wird gewährleistet.

Die Kosten aus der Okkupation werden durch Begrenzung gemindert.

Die Restitutionsforderungen der aus den besetzten Gebieten weggeführten Gegenstände müssen in dem System der Wiedergutmachungsschuld eingeleitet werden.

Die finanzielle Auseinandersetzung mit den ehemaligen Bundesgenossen wird unter Wahrung der Entente ermöglicht.

Deutschland wird der zu seiner Existenz notwendige Schiffsraum zur Verfügung gestellt.

Der Gegenwert der bereits liquidierten und das Eigentum an den noch nicht liquidierten Rechten und Interessen im Ausland bleibt den Berechtigten zu unmittelbarer Verfügung erhalten.

Die Erhaltung Oberschlesiens bildet die unerlässliche Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsverpflichtung für Deutschland. Sollte wider alles Erwarten die Zustimmung gegen Deutschland ausfallen, so würde die Abgabe eines deutschen Wiedergutmachungsangebots hinfällig werden müssen, da die Unfähigkeit Deutschlands zu nennenswerten Leistungen ohne Gegenleistung ohnehin für alle Welt erkennbar sein würde.

Das Gutachten schließt: Selbst nach Erfüllung dieser Voraussetzungen bleibt Deutschlands Lage angefaßt und gefährdet. Es besteht für noch nicht abzusehende Zeit keine andere Möglichkeit, als den Notwendigkeiten des Staatshaushaltes, soweit äußerste Einschränkung und stärkste Steueranpannung nicht ausreichen, durch hemmungslosige Ausgabe neuen Papiergeldes zu genügen. Dieses Verfahren läßt sich wegen der sozialen Wirkungen der ständigen Preisveränderungen nur noch kurze Zeit fortsetzen. Was dann kommen wird, ist ungewiß.

Ohne raschen Denkm wahrhaft solidarisches Zusammenarbeitens der Völker sind die in der gefährlichen Weltordnung liegenden Ursachen der Wirtschaft- und Währungsnot nicht zu beseitigen.

Interpellation des Abg. Sauerbrey (Soz.) beantwortet eine Interpellation. Im Industriebezirk müsse zurzeit eine wesentliche Entspannung eingetreten sein, da etwa 6000 Tonnen Getreide größtenteils dorthin entsandt worden seien. Die Einfuhr von Auslande sei eingeleitet. Gegen Landwirte und Bäckereier soll energisch vorgegangen werden. Eine Senkung der Mehlpreise ist nicht möglich, da wir immer noch auf das Auslandmehl angewiesen sind.

Auf Antrag des Abg. Sauerbrey (Soz.) wird sofort in die Beratung eingetreten.

Abg. Sauerbrey (Soz.): Wir können von Glück sagen, wenn wir in diesem Jahre noch mit einem blauen Auge davonkommen. Wir besitzen keine Reserven. Die Landwirtschaft muß mit der Lenkung der Preispolitik beginnen. Sie kann es, weil ihr die Lebensmittel von selbst zu wachsen und weil sie im Arzenei anhängen verdient hat. Ist die Landwirtschaft bereit, so werden auch andere Volksklassen mit sich reden lassen und dem Reiche entgegenkommen. Gegenüber dem Friedensstande haben sich die Preise bei der Landwirtschaft um das Zwösfache erhöht, während die Löhne nicht annähernd um das Sechsfache gestiegen sind.

Inzwischen ist ein Antrag der Unabhängigen eingereicht worden mit der Erklärung, daß die Behandlung der Interpellation durch die Regierung nicht den Anschauungen des Reichstags entspricht.

Abg. Sauerbrey (Soz.) macht die Landwirtschaft für die Unterernährung verantwortlich. Der Politik des Reichsernährungsministers bringe er kein Vertrauen entgegen. Hinsichtlich der Ernährungsaufstände im Industriegebiet und der Arbeitslosigkeit sei es kein Wunder, wenn es zu Unruhen komme. Erst der Sozialismus könne wirkliche Ruhe schaffen. Hierauf wird die Beratung auf morgen 2 Uhr vertagt. Schluß 6 Uhr.

Beschlüsse des Reichsrates.

Berlin, 5. Juli. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates wurde heute beschlossen, die Gültigkeitsdauer des Kohlenenergiegesetzes bis zum 31. Dezember 1920 zu verlängern. Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wurde angenommen. Der Reichsrat hält an seiner eigenen Vorlage fest, obwohl vom Reichstag ein entsprechender, aber etwas abweichender Initiativantrag eingebracht worden ist, der gegenwärtig der Ausschussberatung unterliegt.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht Karlsruhe.

Karlsruhe, 5. Juli. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Kempff begann heute das Schwurgericht seine Tagungen im dritten Vierteljahr. Sie wird drei Tage lang dauern und fünf Anklagen umfassen. Der erste Fall betraf die Dienstmagd Kath. Daffner aus Wöhrbach, die sich wegen

Minderbildung zu verantworten hatte. Die Angeklagte lebt im 23. Lebensjahre und war als Dienstmädchen in Karlsruhe bis Mitte Februar beschäftigt. In ihrer Heimatgemeinde unterhielt sie ein Viehhesherhältnis, das Folgen mit sich brachte. Kurz vor ihrer Niederlassung, am 14. Februar, fuhr sie nach Wehrhau und begab sich dann in die elterliche Wohnung. Dort legte sie sich zu Bett und in der Nacht zum 15. Februar gebar sie ein Kind, das lebensfähig war und auch gelebt hatte. Nach dem Gutachten der Sachverständigen hat die Mutter das Kind gleich nach seiner Geburt erbrütet und den Kopf des kleinen Weibes gegen einen Harten

Gegenstand geschehen. Die Angeklagte bestritt die Absicht gehabt zu haben, das Kind zu töten und gab auch eine andere Darstellung des Vorganges. Die Geschworenen verneinten die Schuldfra- gen, worauf die Angeklagte freigesprochen wurde.

Im zweiten Falle stand der Schlosser Karl Krenzl in aus Wülhausen i. G. unter der Anklage der

Abtreibung gegen Entgelt.

Der K ist am 18. Januar 1892 in Wülhausen geboren, als Sohn lediger Eltern. Er wurde früher zweimal wegen Betrugs und je einmal wegen Diebstahls und Unterschlagung zu geringen Strafen verurteilt. Am Krieg nahm er zunächst teil, dann kam er in die Benzwerke nach Gaggenau. Später begab er sich wieder nach Wülhausen und betrieb die Stadt, als die Franzosen einmarschierten. Dann siedelte er nach Kallat über und betrieb dort sein Handwerk, das eines Schlossers. Unter der Hand ließ er von seinen Freunden die Nachricht verbreiten, daß er in der Lage sei, Frauenpersonen Hilfe zu leisten. Auf diese Weise bekam er auch Auftrags und leistete gegen ein Entgelt von 100 M. in etwa 7 Fällen Frauenpersonen Beistand. In einem Falle be- gangte er sich auch mit 50 M. Das Schwurgericht verurteilte ihn auf Grund des Schuldspruches der Geschworenen zu drei Jahren 6 Monaten Zuchthaus, abzüglich sechs Monaten Unter- suchungshaft. Vertreter der Staatsanwaltschaft war Dr. Schelb, Verteidiger Rechtsanwalt Ebel-Kallat. Verurteilt wurden 6 Zeuginnen und der Sachverständige Medizinalrat Dr. Compter- Kallat.

Aus der Partei.

Zum Rücktritt des Staatspräsidenten Genossen Blos bringt der württembergische „Staatsanzeiger“ einen Arti- kel, in welchem es u. a. heißt:

„Erst in späteren Tagen, wenn zu ruhigerer Betrach- tung der verwirrteten Zeitereignisse übergegangen werden kann, wird dieser denkwürdige Abschnitt, in dem Blos an der Spitze des württembergischen Volkes stand, seine volle Wertung er- fahren können. Staatspräsident Blos hat sich während sei- ner schweren Amtszeit durch strengen Gerechtigkeits- sinn nicht nur in weiten Volkskreisen uneingeschränkte Sympathie erworben, sondern sich auch die Achtung und Anerkennung seiner politischen Gegner gesichert.“

Genosse Blos hat sich, wie wir erfahren, ins Privatleben nach seinem früheren Wohnort Degerloch bei Stuttgart zurück- gezogen. Er steht im 71. Lebensjahr und hat nach seinem poli- tisch stark bewegten und an Verdiensten um die Sozialdemo- kratische Partei reichen Leben einen wohlverdienten Anspruch auf einen ruhigen und sorgenfreien Lebensabend. Am 5. Okto- ber 1849 zu Wehrheim in Baden als Sohn eines Arztes ge- boren, studierte er Ende der vierziger Jahre in Freiburg Philologie und Geschichte, ging dann zur Rechtswissenschaft über und trat 1872 in die Sozialdemokratische Partei ein, der er mühsam fast fünf Jahrzehnte angehört. Durch wiederholte Freiheitsstrafen aus Ver- brechen und die Ausweisung aus Hamburg auf Grund des Sozialistengesetzes im Jahre 1880 attestierte im das dama- lige Bismarcksche Gewaltregiment sein mutiges Eintreten für die Sache des Sozialismus. Volle 27 Jahre gehörte Blos dem Deutschen Reichstag an, zumeist als Vertreter des Wahlkreises Braunschw. Neben seiner politischen und journalistischen Tätigkeit fand Genosse Blos noch Zeit zu historischen und lite- rarischen Studien; besonders stark verzeihet sind seine Ge- schichtswerke über die große französische Revolution und die deutsche Bewegung von 1848/49. Dieses reiche und um die Ar- beitskraft und den Sozialismus hochverdiente Lebenswerk hin- derte gewisse „radikale“ Elemente nicht, noch im jüngsten Wahl- kampfe den Genossen Blos aufs gemeinste anzugreifen und in einer großen Wählerversammlung zu Stuttgart, drei Tage vor der Wahl in geradezu ständischer Weise niederzubrüllen. Die allgemeine Achtung und Wertschätzung, die Wilhelm Blos in der Sozialdemokratischen Partei genießt, möge ihn diese bitteren Erfahrungen in seinen alten Tagen vergessen lassen.

Parteiekretär gesucht! Die Sozialdemokratische Partei Wadens sucht für das Parteisekretariat in Weibelsberg einen Sekretär. Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft, welche mit der Arbeiterbewegung durchaus vertraut ist. Bewerbungen, denen eine Arbeit über die Aufgaben eines Parteisekretärs beizufügen ist, sind bis zum 10. Juli 1920 an den Vorsitzenden des Bezirksverbandes, Georg Strobel, Mannheim, R 3, 14 11, einzureichen.

Kleine Nachrichten.

Freiburg i. B., 5. Juli. In der heutigen Sitzung des Frei- burger Bürgerausschusses wurde Reichskanzler Behrens- bach, der Stadtrat von Freiburg ist, einstimmig zum Ehren- bürger von Freiburg ernannt.

Leipzig, 5. Juli. Als Protest gegen den 10prozentigen Steuerabzug vom Lohn sind die Belegschaften im Vornaxer Braunkohlenrevier in den Streik getreten.

Berlin. Raut „Berliner Lokalanzeiger“ hat wegen ihrer Beteiligung an den Unruhen im Ruhrrevier eine ganze Reihe Kohlenarbeiter, tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit, einen Ausweisungsbefehl erhalten.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-theater.

Zum ersten Mal: „Die spanische Fliese“.

Schwank in drei Akten von Franz Arnold und Ernst Bod. Daß die auf den offiziellen Theaterzetteln angegebenen Schlüssigkeiten manchmal nicht stimmen, hat die Presse schon öfter gerügt, daß dieselbe Ungenauigkeit auch bezüglich der Anfangs- zeiten vorzukommen kann, lehrt uns dieser Abend. Schon von 8 1/4 Uhr begannen sich die Zuschauer einzufinden und fanden vor dem Regen Schutz lachend demnach volle fünf Viertelstunden, bis die Vorstellung begann. Es wäre ein Leichtes, im Scham der Entrüstung zu plätschern und der Theaterleitung darüber den Text zu lesen. Wir begnügen uns mit der Feststellung des Vor- kommisses und nehmen an, daß der für das Versehen Verant- wortliche von seinem Posten entfernt wird, bis er sich die zu sei- ner Führung nötige Gewissenhaftigkeit und die Sr. Majestät dem Publikum geschuldete Mühseligkeit angeeignet hat. — Der Schwank erfüllt in glänzender Weise die an ein Unterhaltungsspiel ohne literarische Ansprüche zu stellenden Forderungen. Die Nachart ist besonders lobenswert. Das Leben pulst durch jede der sich jagenden Szenen und des Festsitzers im Zuschauertraum ist kein Ende. Insofern war das Stück nicht schlecht gewählt zur In- angangisierung der Sommerzeit am Konzerthaus. Die Rollen boten besonders den mitwirkenden Herren Gelegenheit zur Ent- faltung ihres Humors. Herr Paul Müller und Herr Gem- mers waren bei guter Laune. Raschen gab einen fabelhaft echten Berliner Kokontantentop, Eisele einen schwankhaft pläbe- ren Rechtsanwalt, Urici unruhig seinen Reichstagsabgeordneten mit scharfen Konturen zu einer lebenswahren Figur. Die Damen, mit alleiniger Ausnahme des humorvollen Fräulein Weyhe, deren Spiel man bei allem Wohlwollen kaum anders als dilettanten- artig bezeichnen kann, fügten sich dem Rahmen glücklich ein. In anderthalb Stunden erlebten wir ein Spieltempo, was das an Witz und komischen Situationen reiche Stückchen vorzüglicher als das nach jedem Akt eifrig beklatscht wurde.

Berlin. Raut „Berliner Tageblatt“ verurteilte die Straf- kammer in Frankfurt a. M. die Fabrikanten Karl und Theodor Philipp aus Wiesbaden wegen Freistrei- bereien mit an den Bionierheerespark Main im Jahre 1915 und 1916 geliefertem Holz für den Stollenbau zu je 10 000 M. Geldstrafe und Eingziehung des übermäßigen Gewinnes in Höhe von 1 460 443 M.

Berlin. Am Sonntag mittag ist auf seinem Gute in Groß- Jena an der Unstru der Raler und Bildhauer Geh. Rat Prof. Max Klinger im Alter von 63 Jahren plötzlich gestorben. Sein Tod erfolgte durch eine Herzlähmung.

Berlin, 5. Juli. Heute begann vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen den Rassenhagener Massenmörder Fried- rich Schumann. Der Angeklagte wurde beschuldigt des Mordes in sieben Fällen, des versuchten Mordes in elf Fällen, zweier Verbrechen, vorsätzlicher Brandstiftung mit Nordabsicht, der Raubtötung in vier Fällen, des Versuches dieser Verbrechen in zwei Fällen und des versuchten und voll- endeten Diebstahls in acht Fällen.

Berlin, 5. Juli. In dem Nordprozeß Blau verur- teilte das Gericht Hoppe zu 6 Jahren Zuchthaus, Engel zu drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von je 8 Monaten der er- littenen Untersuchungshaft. Der Angeklagte Rischmann wurde freigesprochen.

Orleans, 5. Juli. Ein von Paris kommender Zug mit der Bestimmung Nantes entgleiste am Montag abend nach Passieren des Bahnhofs von Aubrais. Sechs Personen wurden getötet und eine große Anzahl verwundet.

Kein sächsischer Staatspräsident. Der Verfassungsausschuß der sächsischen Volkstammer lehnte einstimmig einen Staats- präsidenten für Sachsen ab und erklärte sich für einen Ministerpräsidenten, der auch gleichzeitig Reform- minister sein soll.

Aus dem Lande.

Gödenstein, 4. Juli. Während des heftigen Gewitters schlug gestern nachmittag der Blitz in die Scheune der Julius Vie- nomortier Witwe und zündete. In kurzer Zeit war die Scheune ein Haub der Flammen. Dem stromenden Regen und der herbesgüllten Feuerwehr ist es zu danken, daß das Feuer auf seinen Herd beschränkt blieb. Verbrannt sind einige Vor- stände an Heu u. a. m. Bei den heutigen Preisen der Viehstoffe dürfte immerhin ein ungeheurer Gebühdenstand von einigen tausend Mark entstanden sein.

Mannheim, 4. Juli. Ein hier in Untersuchungshaft be- findlicher Mann hat seit längerer Zeit hier und in der Um- gegend Verirrungen dadurch begangen, daß er Bilder (Land- schaften und dergl.) die er sich von einem Maler malen ließ, mit Namen von bekannten Künstlern, wie B. Trübner, De- regger, F. Keil, Roux, Münch, W. v. Bobberg, Schenck und Hobler fälschte und sie hierauf als echte Bilder zu hohen Preisen verkaufte, wobei er jeweils angab, er verkaufte diese im Auftrag einer Gräfin v. Uesfüll, in deren Dienst er gestanden habe.

Mannheim, 4. Juli. Der Lokomotivheizer August Krämer aus Wittenbach für am 1. Juli von hier auf einer Lokomotive nach Wilschhofen und erlitt durch ausstehendes, fließendes Wasser schwere Brandwunden, an denen er jetzt im Kranken- hause erlag. — Die Leiche des 18jährigen Kaufmanns Heinrich Kummer und die Leiche der 18jährigen Bahnarbeitersehesterin Elsa Maglaman sind jetzt aus dem Redar gezogen worden. Beide hatten den Tod im Redar gesucht, Kummer wegen eines unheilbaren Leidens, Frau Maglaman wegen Familienunzufrieden- heiten.

Wöhren, 4. Juli. Die bei der Feuerntz lätige 51jährige Ehefrau des Leo Sepping ist auf freiem Felde durch Blitzschlag getötet worden.

Insul Reichenau, 4. Juli. Die Leichen des bei einem Sturm auf dem Genadensee ertrunkenen Landwirts Wöhler und seines neunjährigen Sohnes wurden gelandet. Wöhler hatte sein Büchsen noch im Arm.

Gegen die Lebensmittelteuerung und den Obfwucher.

Die Demonstrationsversammlung gegen die Lebensmittel- teuerung und den Obfwucher, welche vom Gewerkschaftsratell und der Zentrale der Betriebsräte auf gestern nachmittag auf den Marktplatz einberufen wurde, war von vielen Tausenden von Demonstranten besucht. In geschlossenen Zügen marschier- ten einzelne Betriebe heran, sodas der ganze Marktplatz ein Menschenmeer bildete.

Das Referat hatte der Vorsitzende des Gewerkschaftsratells, Kollege Hof übernommen. In zum Teil recht scharfen Worten geisterte er den Obfwucher, besonders die exorbitant hohen Preise für Kartoffeln, Milch und Eier ein. Er wies dabei auf die Tatsache hin, daß in anderen Gegenden die Preise für landwirtschaftliche Produkte sich 40—50 Prozent billiger be- laufen wie bei uns. In seinen weiteren Ausführungen pro- testiert er gegen die maßlosen Holz- und Kohlenpreise und forderte die Demonstranten auf, sich hinter die Regierung zu stellen und ihr den Rücken zu stärken, sowie bei der nächsten Wahl dafür zu sorgen, daß eine sozialistische Mehrheit aus der- selben hervorgeht. Zum Schluß wandte sich Koll. Hof gegen die Härten des 10prozentigen Steuerabzugs und forderte Regierung und Gemeinden auf, angesichts der immer zunehmenden Arbeitslosigkeit für Arbeit zu sorgen. — Seine Ausführungen, die mit großem Beifall und Zwischenrufen auf- genommen wurden, gipfelten in folgenden Forderungen:

- 1. Festsetzung von erträglichen Höchstpreisen für das ge- samte Obst.
2. Herabsetzung der Kohlen- und Holzpreise für die gesamte Bevölkerung.
3. Herabsetzung des 10prozentigen Steuerabzugs bei Ein- kommen bis zu 15 000 Mark.
4. Sofortige Annullierung von Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen durch Staat und Gemeinden.
5. Ausreichende Unterstützung zum Lebensunterhalt für die Arbeitslosen. Eventuell durch Zuschüsse von Staat und Ge- meinden.
6. Sofortige Bestellung einer städtischen Marktkontrolle durch die Arbeiterschaft.
7. Einsetzung einer ständigen Kommission aus Konsumenten, Handel und Produzenten, zwecks Regulierung der Preise für Lebens- und Bedarfsartikel.

Nach dem Koll. Hof sprach Herr Krute von der U.E.B., der in gewohnter Weise alle Säub der Stadtgemeinde, dem Bezirksamt und der Regierung in die Schuhe schieb und sofortige Abhilfe verlangte. — Inzwischen hatte bei einem Teil der De- monstranten ein abscheuliches Gehele, Weinen usw. ein, welches das Ansehen und die Wirkung der Veranstaltung über her- unterdrückte. Die Erregung der Bevölkerung über ihre Aus- pöcherung durch die gemeine Wührgesellschaft ist genug be- greiflich, aber mit Töhen und Schreien wird keine Vetterung erzielt. Nachdem noch Stadtrat Trübinger in seiner ihm eigen- n Art die Waffe „aufklarte“ und die „Diktatur des Proletariats“ empfahl, setzte erst recht eine wilde Schreierei ein und ein Teil der Menge verlangte nach dem Bürgermeister. Nach kurzer Verhandlung erschienen sodann Oberbürgermeister Dr. Finter und Bürgermeister Dr. Hofmann, mit Gelächel und Pfeifen empfangen. Nur mit Mühe war es dem Oberbürger-

meister möglich, der Versammlung mitzutreten, daß er sofort eine Stadtratssitzung einberufe, um zu den Forderungen Ein- setzung zu nehmen. Damit waren jedoch die schreienden Aller- weltsgeschichten nicht zufrieden. Stadtrat Jung (U.E.B.) ver- suchte in eindringlichen Worten die schreiende Menge zu be- schwichtigen, aber auch er wurde bereits nach jedem Satz wieder- geschrien. Inzwischen wurden von unbekannten „Götzen“ von der Stadtkirche sowie vom Brunnen aus „Neben“ an die Menge gehalten. Schließlich aber kam die Zusammenfassung einer Kommission zustande, die unter dem Vorsitz des Stadts. Rieh (U.E.B.) die Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister Dr. Finter und Bürgermeister Dr. Hofmann aufnahm, wobei folgende Beschlüsse zustande kamen:

Bestimmung von erträglichen Höchstpreisen für das gesamte Obst; da bereits Brennholz besteht, soll auf eine Erparung der Brennholzpreise hingewirkt werden. Der Obstverkauf soll in städ- tische Regie genommen werden.

Sofortige Bestellung einer städtischen Marktkontrolle durch die Arbeiterschaft in Verbindung mit der städtischen Behörde.

Einsetzung einer Kommission aus Konsumenten, Handel und Produzenten zur Regulierung der Preise für Lebens- und Be- darfsartikel. Hierzu wird eine fünfgliedrige Kommission gebil- det; 3 Mitglieder werden sofort gewählt, die 2 städtischen Ver- treter zu bestimmen, wird den Bürgermeistern vorbehalten. Herabsetzung der Kohlen- und Holzpreise für die gesamte Bevölkerung.

Die sofortige Annullierung von Arbeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit wurde durch die Stadt zugestimmt, ein hierfür zu treffender Vorschlag wurde von dem betreffenden Beamten er- lautet und fand Zustimmung.

Ausreichende Unterstützung zum Lebensunterhalt für die Arbeitslosen. Hierzu wurde eine fünfgliedrige Kommission ge- wählt, die bei der Regierung im Verein mit der Stadt nachschä- tigen soll zur Behebung und Verringerung der Arbeits- losenfrage.

Es wurden also die Vorschläge des Kartells auf eine breitere Grundlage gestellt. Die Kommission soll vorläufig bestehen bleiben und zu weiteren Beratungen nach Bedarf zusammengerufen werden.

Wir müssen offen sagen, daß die Demonstration in Anbetracht der großen Massenbeteiligung viel wirkungsvoller hätte verlaufen müssen. Aber gehen wir eben zu einem großen Teil der Un- verstand wieder seine Organe gefeiert. Eine harte Erziehungs- arbeit ist da für die Arbeiterschaft noch zu leisten. Die Herren Krute und Trübinger versuchten, wie immer bei solchen Gelegenheiten, daß Parteiapparat der U.E.B. bezug. A.B.D. zu fassen. Es schien uns aber auch, daß die Organisation nicht in alle Einzelheiten ausgebaut war. Nichtsdestoweniger bedeutet aber die Demonstration einen beachtlichen Warnungsdruck an die Landwirte und Händler, die ebenfalls gereizte Stadtbewohner nicht zum Ausbreiten zu treiben und solche Preise zu fordern, die mit der Kaufkraft der Konsumenten im Einklang stehen.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 6. Juli.

Sozialdemokratischer Verein.

Mittwoch, 7. Juli, abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen Bezirksversammlungen statt:

- Alt- und Dillstadt in: „Georg Friedrich“, Ede Gerwig- und Georgstr.
Südstadt: „Auerbahn“, Schützenstraße.
Mittel- und Südweststadt: „Goldene Krone“, Imoliens- straße.
Weststadt: „Württembergischer Hof“.
Landschaften: „Karlshäuser Hof“.

Es werden sprechen die Genossen Trinks, Brull, Schwert u. a. Wir laden die Genossinnen und Genossen zu zahlreichem Besuche freundlichst ein.

In den Versammlungen wird der Jahresbericht zur Generalversammlung aus gegeben. Die Bezirkskassierer werden ersucht, die Jah- resberichte entprechend der Mitgliederzahl ihres Be- zirks im „Volkssfreund“ abzugeben.

Verbraucherelbsthilfe!

Bei den immer noch steigenden Fleisch- und Wurst- preisen, die durch ungesunde Preisbildung, schon längere Zeit für weite Kreise des Volkes unerschwinglich geworden sind, gilt auch für die hiesigen Verbraucher das höchste Gebot: Selbsthilfe, und zwar auf dem legalen Wege der Genof- fenschaften, also unter des Lebensbedürfnisse, Weshalb denn immer noch den oft ziemlich hohen Umsatzen, in private Kassen fließen lassen, wo doch im Konsumverein jeder Teilnehmer und jeder Wähler mit? Welch enormen Nutzen die Allgemeinheit bei Ausschaltung des privatkapitalisti- schen Handels hat, beweist auch die hiesige Schlächterei Kassel, die in einem Vierteljahr trotz billiger Berechnung des Verkaufspreises einen Reingewinn von 45 000 M. abgemortet hat.

Der Zentralverband der Fleischer, Ortsgruppe Karlsruhe, wandte sich an den Vorstand des Lebensbedürfnis- vereins wegen baldiger Errichtung eines Metzgereibetriebes, um die Mitglieder des Vereins mit eigenen Fleisch- und Wurstwaren zu versorgen. Diese Angelegenheit ist eine sehr dringende und ihre Lösung dürfte nicht allzu schwer sein, da keine kostspieligen Bauten notwendig sind, indem fertige Einrichtungen mieltweise übernommen werden könnten und tüchtige Fachmänner zur Ver- fügung stehen.

Es ist aber auch Pflicht aller Konsumenten, sich im Lebens- bedürfnisverein zu organisieren, um dadurch die Voraussetzung zu immer weiterem Ausbau desselben zu schaffen. A.-M.

Eine Ausstellung für Wasserkraft und Schifffahrt wird der Süddeutsche Kanalverein für Rhein, Donau und Neckar (Stg. Stuttgart) im kommenden Herbst in der städtischen Ausstel- lungshalle veranstalten.

Na. Sende. Ein hiesiger Verein hat dem Oberbürger- meister den Betrag von 500 M. zugunsten der Karlshäuser Ferien- kolonien überreicht.

Zur Kartoffelversorgung schreibt das hies. Nachrichten- amt: In verschiedenen unierer Nachbarräbte macht sich in letzter Zeit wieder ein empfindlicher Mangel an Kartoffeln be- merkbar. Das Nahrungsmittelamt hat in Voraussicht einer nochmaligen Kartoffelknappheit einige tausend Zentner Kartoff- feln auf Lager genommen. Diese Kartoffeln kommen jetzt in den bekannten Kartoffelverkaufsstellen (mit Ausnahme der- jenigen der „Loh“) zum freien Verkauf. Allen Haushaltungen, die nicht genügend mit Kartoffeln eingedeckt sind, ist dringend zu empfehlen, diese Gelegenheit zur Kartoffelbeschaffung zu be- nutzen.

Herabsetzung der Benzin- und Petroleumpreise. Der Grundpreis für Benzin wird, wie die R. B. M. erfahren, nach dem 1. Juli d. J. ab auf 6.35 M. pro Hilo herabgesetzt, nachdem er am 16. Juni von 8.55 auf 7.73 M. herabgesetzt worden war. Der Preis für das Hilo Benzin wird jetzt für den Verbraucher einschließlich Zoll, Fracht und sonstiger Unkosten etwa 5.8 M. sein. Der Petroleumpreis wird am 1. Juli von 5.5 M. auf 4.45 M. das Liter ab haben des Händlers herabgesetzt.

Nr. 155. Seite 4. Bei... (Vertical text on the right edge of the page)

Beierheim. Am Donnerstagabend 8 Uhr findet in der Restauration „Lirchler“ eine öffentliche Versammlung statt. Der Zweck dieser Versammlung ist die Gründung einer freien Turnerschaft. Wir wenden uns ganz besonders an die hiesige junge Arbeiterschaft mit der Bitte, recht zahlreich an dieser Versammlung zu erscheinen. Lange genug ist die hiesige Arbeiterschaft den bürgerlichen Vereinen nachgelaufen, nun ist es höchste Zeit, diesen zwei Vereinen den Rücken zu kehren. Arbeiter von Beierheim, wacht endlich auf und lasset Mann für Mann in diese Versammlung. Landtagsabgeordneter Großhans-Konitz hat in denkwürdiger Weise das Referat übernommen. Also am Donnerstag, auf in die Versammlung!

Südwest-Ring. Nachdem die neue Straßenbahnlinie Südwest-Ring eingelegt ist, wird wohl schon mancher Fahrgast der neuen Linie die Zellstreden beobachtet haben, daß die Zellstreden Weinbrennerstraße bis Zellstreden Kollstraße doch etwas zu kurz ist, da sie mit den Parzellen Richard Wagnerstraße bis Mühlburger Tor steht wie Schillerstraße bis Mühlburger Tor, also entschieden länger ist. Für den täglichen Fahrgast mit besonderer Notlage der städtischen Bevölkerung dar und sprach für einen Milchpreis von 1 M für das Liter. Die Produzenten beschloßen einstimmig, den Milchpreis auch für die nach Stuttgart abzuleifernde Milch auf 1 M herabzusetzen. Sie betonten jedoch, daß dies ein besonderes Entgegenkommen bedeute, da die Landwirtschaft damit wesentlich unter die Herstellungskosten herabgehe. Gewünscht wurde, daß die Landesverwaltungsstelle die neue Höchstpreisobergrenze abändere oder zurückziehe, damit es bei den Butterpreisen keine Schwierigkeiten gebe.

Wiener-Walzer-Abend. Ein ganz außerordentlich musikalischer Genuß steht Karlsruhe bevor. Johann Strauß aus Wien, der Sohn des „Walzerkönigs“ wird an der Spitze des Kaiserlichen Orchesters die schönsten alten Wiener Walzer zum Vortrag bringen. Frau Irene Eden, die Solopräsentantin des Mannheimer Nationaltheaters wurde als Solistin für dies Konzert gewonnen, das ausschließlich der besten Wiener Muse gewidmet sein wird. Das Konzert findet Freitag, den 16. Juli im großen Festsaal abends 8 Uhr statt. Die Preise sind so niedrig angesetzt, daß jedermann der Besuch möglich sein wird. Die Kartenvergabe befindet sich bei Kurt Kneißel vorm. Hofmusikalienhandlung Hugo Kuntz, Waldstraße 39. Kassierstunden von 9-1 und 3-6 Uhr.

Stadtgartenkonzert. Morgen Mittwoch, 7. ds. Mts., nachmittags um 4 Uhr ab wird die Kapelle des Reichswehr-Schützen-Regiments Nr. 113 (ehemalige Leibgardebatterie) unter Leitung des Herrn Obermusikleiters Walter Bernhagen bei schönem Wetter im Stadtpark konzertieren. Bei schlechtem Wetter fällt das Konzert aus.

Musikabend Karlsruhe. Es sei an das heute Dienstag den 6. Juli, abends 8 Uhr, im Eintrachtsaal stattfindende Konzert hingewiesen. Das dieswöchige und geschmackvoll zusammengestellte Programm dürfte zweifellos das allseitige Interesse unserer Kunstfreunde finden. Karten, sowie Programme mit dem vollständigen Text in den Musikalienhandlungen Fr. Doerr und Kurt Kneißel.

Intern Sports-Wettkämpfe im „Rosarium“. Die eintwöchigen freizeitsportlichen Kämpfe finden täglich erhöhtes Interesse, das zeigt der ständig wachsende Besuch. — Am Sonntag Abend wurde zuerst der Protestkampf gegen Christen ausgetragen. Der Nicker mußte sich diesmal einem mächtigen Angriff von hinten in der 8. Min. beugen. Carl Grünwald, Rheinlands Meister besiegte den Oberbürger Kellerand in 15 Min. mit Kopfstoß am Ende. U. d. D. D. D. konnte nach äußerst interessantem Treffen seinen Gegner Bogtmann-Pahern in der 18. Min. nach einem Hüftstoß als Sieger den Teppich verlassen.

Valuta-Bericht vom 5. Juli.

Die Mark notierte heute in der Schweiz etwa 14.75 Cts. Auszahlung Dollar notierte etwa 19.48 M per holl. Gulden; Schweizer Franc etwa 6.82 M per schw. Fr.; Engländer Pfund etwa 140.30 M per Pf. Sterling; Französischer Franc etwa 3.25 M per franz. Fr.; Neuperdollar etwa 38 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 6. Juli 1920.

Unter dem Einfluß der nur langsam sich ausgleichenden Druckverhältnisse ist das Wetter noch fortgesetzt wolkig, zeitweise viel auch in Baden getrübt wieder Regen. Bei früherer Luftüberdruck vom Meere liegen die Temperaturen heute früh bei etwa 18 Grad in der Ebene und 6 Grad im Hochschwarzwald. Nur vor-

übergehend erlangen von Spanien vordringende Ausläufer hohen Druckes einigen Einfluß im übrigen beherrschten über der Nordsee entstehende Druckstörungen und weitere organische Luftwirbel, die nach den britischen Inseln vordringen sind, die europäische Wetterlage.

Vorausichtige Witterung bis Mittwoch, 7. Juli nachts: Weiterhin noch meist wolkig und zeitweise Regen, geringe Wärmegenahme.

Beste Nachrichten.

Gerabiegung des Milchpreises in Württemberg. Aus verschiedenen Orten Württembergs wird über Gerabiegung des Milchpreises berichtet. In Gchingen fand eine von fast sämtlichen Gemeinden des Bezirks besuchte Versammlung der Ortsvorsteher und Vorstände der Kolkereien und Milchsammler statt. Der Vertreter Stuttgart legte die besondere Notlage der städtischen Bevölkerung dar und sprach für einen Milchpreis von 1 M für das Liter. Die Produzenten beschloßen einstimmig, den Milchpreis auch für die nach Stuttgart abzuleifernde Milch auf 1 M herabzusetzen. Sie betonten jedoch, daß dies ein besonderes Entgegenkommen bedeute, da die Landwirtschaft damit wesentlich unter die Herstellungskosten herabgehe. Gewünscht wurde, daß die Landesverwaltungsstelle die neue Höchstpreisobergrenze abändere oder zurückziehe, damit es bei den Butterpreisen keine Schwierigkeiten gebe.

Crailsheim. Nach einem Beschluß des Bezirksmolkereiverbandes geben die Kolkereien die Milch zu dem Erzeugerpreis von 1 M, diejenigen, die nach auswärtig bezogen. Crailsheim liefert, jedoch nicht unter 1.05 M das Liter ab Molkerei, die Mutter an Lieferanten zu 1.25 M, im Kleinverkauf gegen Marken zu 1.3 M das Pfund ab unter vorläufigem Bezugs auf die Höchstpreise, erwarten aber, daß die Zwangswirtschaft in aller Eile aufgehoben und besonders die Verteuerung der Lebensmittel durch die Kommunalverbände und durch den ungeheuren Beamtenapparat sofort eingestellt wird.

Döhlenhausen. Der Milchpreis ist weiter herabgesetzt worden, nämlich von 1.05 M auf 95 S für ein Liter.

Schiffen. Der Milchpreis konnte durch das Entgegenkommen der Erzeuger auf 90 S festgesetzt werden.

Feuerungsdemonstrationen. Am Samstagabend fand in Darmstadt eine Versammlung der Reichswehrsoldaten und im Anschluß daran eine Demonstration der Gewerkschaften gegen die Feuerung statt. Die Demonstration selbst verlief, wie die R. P. M. hören, völlig ruhig. Nach der Beendigung blieben aber die Menschenmassen zusammen auf dem Marktplatz und bedrängten die Sicherheitswehr, die infolge dessen sich löste. Die Unruhen von gestern, bei denen die Menge zweimal verhaftet, den verhafteten Kommunistenführer Paul aus dem Polizeigebäude zu befreien, haben auf Seiten der Zivilisten vier bis fünf Verwundete, auf der Seite der Sicherheitswehr einen Verwundeten zur Folge gehabt. Heute herrscht wieder Ruhe, es ist Wachenmarkt, der reichlich besteht ist.

In Remscheid wurden anlässlich eines kleinen Kravalls einige Gemüts- und Obdachlose gestürzt; zu schwereren Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

Halle. Nach den Berliner Morgenblättern sind hier Unruhen vorgekommen. In Wälderungen kam es nicht. Die Bewegung richtet sich gegen die hohen Lebensmittelpreise. Die Polizei steht auf der Seite der Arbeiterschaft. Auch in Aachen erleben sie eine ähnliche Bewegung.

Streikbewegung in Süddeutschland.

Königsberg, 5. Juli. Nachdem der sächsische Arbeitereverband den von der Arbeiterschaft angenommenen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der den Arbeitereverband eine Feuerungszuschlag von 40 bis 50 Prozent für die Stunde auf den geltenden Tarif zuspricht, abgelehnt hat, haben, wie die „Vollzeitsung“ berichtet, die heute vormittag versammelten Vortragskommissionen aller, unter dem Schiedsspruch fallenden Gewerkschaften beschlossen, vom Dienstag früh ab in den Streik einzutreten. Auch die übrigen Verbände beschließen einen Sympathiestreik nach der Kampfplage.

Briefkasten der Redaktion.

B. W. Weidelsheim. Zentralverband der Angestellten, Karlsruhe, Karl Friedrichstr. 18.
Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Touristenverein „Die Naturfreunde“.) Mittwoch, 7. Juli, 1/8 Uhr, Führerführung, Gumbelbrunn. — Heute abend Musik- und Lautkommissionssitzung. Mittwoch abend Sitzung aller freiwilligen Mitarbeiter am Neubau Moosbrunn, jeweils 1/8 Uhr Gumbelbrunn.
Aue bei Durlach. (Sozialdemokratischer Verein.) Morgen Mittwoch, den 7. Juli, abends um 1/8 Uhr, im Lokal zur Blume Mitgliederversammlung, in welcher ein auswärtiger Genosse einen Vortrag halten wird mit dem Thema „Die innere und äußere Politik“. In Anbetracht der sonst noch wichtigen Punkte der Tagesordnung ist es Pflicht aller Genossen zu erscheinen. 4877
Durlach. (Sozialdemokratische Gemeindeverbände.) Am Dienstag den 6. Juli, 8 Uhr abends, im „Dünenbräu“ Sitzung gesondert ist es Pflicht aller Genossen zu erscheinen. 4877

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Gehelichungen. Heinrich Benz von Mannheim, Hochbauingenieur in Neckarhöfen, mit Sophie Deuser von hier, Julius Höllein von hier, Buchdruck-Maschinenmeister hier, mit Frieda Nidel von hier. Friedrich Wittlinger von Sandhausen, Gendarm hier, mit Lina Klitt von Elfa. Leopold Scheidegg von Elchesheim, Eisen-Schaffner hier, mit Luise Jenny von Brühl. Ferdinand Benz von hier, Kernmacher hier, mit Elisabeth Mies von hier. Gust. Weich von Adelsheim, Betr.-Leiter in Baihingen, mit Margareta Grünbaum von Elbach. Adolf Schlemmer von hier, Masch.-Normer hier, mit Vertha Rupp von hier. Eugen Ott von hier, Apotheker in Neuland, mit Hedwig Maier von Stadt Neuland. Julius Gronert von Heidelberg, Hilfsarbeiter hier, mit Theresia Stord Wwe. von Schwarzhofen. Eduard Lanas von hier, Kaufm. hier, mit Vertha Rühl von hier. Otto Hebe von hier, Kanalarbeiter hier, mit Friede Hof von Freiburg. Gustav Weinger von hier, Schriftf. hier, mit Helene Riede von hier. Hugo Wolf von hier, Dr.-Ing., Chemiker hier, mit Irma Keller von hier. Carl Hoffmeister von Wülheim, Kaufm. in Forzheim, mit Luise Aniprath geb. Pilch von Cassel. Emil Räs von Klingartach, Schneider hier, mit Rosa Pfeffer von Frommenhausen. Otto Lott von Weisbach, Schuhmachermeister hier, mit Katharina Stöckle von Dersbühlheim. Karl Fritsch von hier, Sattler hier, mit Frieda Gronert geb. Mehl von Eppingen. Josef Unter von Meisbach, Arbeiter hier, mit Luise Stürminger Wwe. von Baden. August Gsch von Straßburg, Sergeant hier, mit Katharina Nieder von Kafferslautern. Hermann Jarnoll von Breusch-Holland, Freizeiter hier, mit Lucie Krad von Reichenweier. Gust. Rödel von Summersbach, Koch hier, mit Josefine Keller von Rülkhausen. Johann Geier von Hochhausen, Arbeiter hier, mit Katharina Geier Wwe. von Wenden. Franz Langenbach von Freiburg, Wagenführer hier, mit Wilhelmine Schmidt-Häuser von hier.

Todesfälle. Julius Schüle, Mechaniker, alt 19 Jahre. Julie Dornacher, alt 46 Jahre, Ehefrau von Kasal Dornacher, Pferdehändler. Anna Rieger, alt 61 Jahre, Ehefrau von Wilh. Rieger, Privatmann. Franz Traub, Chem., Eisenbrecher, alt 66 Jahre. Gertrud, alt 8 Tage, R. Gotth. Kef, Wirt. Andreas Michel, Wirt, Schuhm., alt 70 Jahre. Luise Koth, ledig, Dienstmädchen, alt 21 Jahre. Georg Grohmann, Chem., Fabrikarbeiter, alt 30 Jahre. Margot, alt 2 Monate 1 Tag, R. Alb. Hofmeister, Wirtbeamter.

Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel 300, gest. 5; Neßl 391, gest. 13; Magaz 554, gest. 21; Mannheim 454, gest. 5 Zentimeter.

12 000 Mark für die Leser

Wer ist's? von Kürschners Büchersehatz (Roman- und Novellensammlung). Jeder Band mit Feuerungszuschlag 1 M. Bedingungen für das Preisanschreiben liegen jedem neuen Bande bei oder sind von jeder Buchhandlung sowie von Hermann Pöhlger Verlag, Berlin W 9, kostenlos zu beziehen.

Kleinvverkaufspreise für Gemüse. Für die Zeit vom 6. Juli bis 12. Juli 1920.

Mangold	30	Rote Rüben ohne Kraut	40
Spinat	50-60	Kopfkohl	60
Kopfsalat (Freiland)	20-30	Grüne Bohnen	60
Weißkohl	50	Wend	25
Wirsing	50	Wirsing	25
Gelbe Rüben (ohne Kraut)	35	Wirsing	25
Gelbe Rüben (mit Kraut)	40	Wirsing	25
Karotten	50-60	Wirsing	25

Zugsteuer und andere erhöhte Umsatzsteuer. Im Juli spätestens aber bis 15. August ds. Jz. müssen die Steuererklärungen für das erste Halbjahr 1920 wegen der Zugsteuer (Hersteller, Kleinhandels-, Anzeigen-, Werbevertrags-, Verwahrungs- und Zollerklärungen) abgegeben werden. Jeder Unternehmer muß wissen, ob der Umsatz seines Betriebs unter eine dieser Steuern fällt. Das Finanzamt hier, Küppersreiter, 2a (Zimmer 88) erteilt Auskunft und gibt Vordrucke für die Steuererklärungen unentgeltlich ab. Wer die vorgeschriebenen Steuererklärungen nicht rechtzeitig abgibt, muß u. U. Zuschlag und Zins zahlen und macht sich strafbar.

Wäsche. aller Art auch Stahl-Wäsche wird zum Waschen und Bügeln angenommen. Gäßelstraße 21, 2. Stad.

Mail- und Klauenseuche betr. Nachdem die Maul- und Klauenseuche in dem Vorort Daxlanden entgeltlich erloschen ist, werden die f. Z. getroffenen Maßnahmen, wonach der Vorort Daxlanden zum Beobachtungsgebiet erklärt wurde, hiermit aufgehoben. 1920
Karlsruhe, den 28. Juni 1920. O. 3. 214
Lab. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Durlacher Anzeigen. Kleinvverkaufspreise für Gemüse für die Zeit vom 6. bis 12. Juli 1920.

Mangold	30	Rote Rüben ohne Kraut	40
Spinat	50-60	Kopfkohl	60
Kopfsalat (Freiland)	20-30	Grüne Bohnen	60
Weißkohl	50	Wend	25
Wirsing	50	Wirsing	25
Gelbe Rüben (ohne Kraut)	35	Wirsing	25
Gelbe Rüben (mit Kraut)	40	Wirsing	25
Karotten	50-60	Wirsing	25

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Berg's Radikalmittel. Nicodanal, Erfolg verblüffend. Bestl. Verlags- u. Beste Zeit s. Zentralschauung. Kinderleicht anzuwenden, abbewahrt. Doppelpack Mk 5.— Verkauf bei Dro. G. Fischer, Karlsruhe, 74, Dro. R. W. Lang, Kaiserstr. 24. Bitte ausdrücklich nur Nicodanal zu verlangen.

Kartoffel-Versorgung. Vom Mittwoch, den 7. Juli bis Freitag, den 9. Juli d. J. gelangen im kleinen Stall der Trainfabrik (Schloßplatz) Kartoffeln zur Ausgabe zum Preise von 22.— M pro Zentner.
Durlach, den 5. Juli 1920. 1921
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Bruchsaler Anzeigen. Fleischversorgung der Kranken betr. Kranke wollen die ihnen für die Versorgungszeit vom 5. Juli bis 1. August 1920 ausliegenden Marken zum Bezuge von Fleisch am Mittwoch, den 7. Juli 1920, auf der Kartenausgabestelle, Zimmer Nr. 1, abholen bzw. abholen lassen.
Bruchsal, den 5. Juli 1920. 1922
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.
Kartenausgabestelle.

Zusatzkarten für werbende und hilfsbedürftige Mütter und für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre wollen am Mittwoch, den 7. Juli 1920, auf den Kartenausgabestellen, Zimmer Nr. 1, von den Empfangsberechtigten abgeholt werden. Die bei der Anmeldung zugewiesene Ausweisnummer ist vorzulegen.
Bruchsal, den 5. Juli 1920. 1924
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.
Kartenausgabestelle.

Städt. Lebensmittel-Berkauf Butter für Kranke, werbende und hilfsbedürftige Mütter gegen die Marke der ersten Woche am Mittwoch, den 7. Juli ds. Jz. bei Käfner, Ecke Stadtgraben- und Orbinstraße, 1/2 Pfund zu 4.50 M.
Bruchsal, den 5. Juli 1920. 1925
Die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Bruchsal-Stadt.

Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei befindet sich Karlsruhe, Adlerstrasse 16.

Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.)

Mittwoch, den 7. Juli 1920
abends 7 1/2 Uhr

Mitgliederversammlung

im „Goldenen Adler“, Karl-Friedrichstraße
Tagesordnung:
1. Der Schlichtungsausschuss zum Abbau der Feuerungsulage.
2. Die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf die Angestellten.
3. Allgemeines.
Der Ernst der Zeit erfordert unbedingt vollzähliges Erscheinen.
Der Vorstand. 4383

Badischer Volkskirchenbund Vortrag

des Herrn Pfarrer Steh über:
„Von der Staatskirche zur Volkskirche“
am Mittwoch, den 7. Juli 1920, abends 8 Uhr
in Turlach, im Volkshaus „Zur Blume“,
am Donnerstag, den 8. Juli 1920, abends 8 Uhr
in Karlsruhe, im „Nathausaal“.
Freie Kiosprache. 4385 Der Vorstand.

Beierheim.

Am Donnerstag Abend 8 Uhr findet in der
Restauration Krefler (Schnapssberg) eine
Öffentliche Versammlung
statt zwecks 4384
Gründung einer Freien Turnerschaft.
Wir erfordern die hiesige junge Arbeiterschaft in
dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Stadtgarten

Bei schönem Wetter.
Mittwoch, den 7. Juli, nachm. von 1/2 4—7/2 7 Uhr
Konzert
ausgeführt von der Kapelle des
Reichswehr-Schützen-Regiments Nr. 113.
Leitung: Herr Obermusikmeister W. Bernhagen.
Die Eintrittspreise sind die üblichen. 4389

Circus Pierre Althoff
Mekplatz, Karlsruhe.
Dienstag, den 6. Juli, abends 8 Uhr
Große Gala-Vorstellung, in den Haupt-
nummern: Frau Direktor Althoff mit ihren
einzig dastehenden Freiheitstänzerinnen.
Mittwoch, den 7. Juli: 2 große Vorstellungen,
nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr, nachmittags
abends 8 Uhr: großer Glanz- u. Romantik-Abend
1913
Tische ohne Ende!
Preise der Plätze: Loge 8.—, Charré 7.—, Stuhl-
sitze 6.—, I. Platz 4.50, II. Platz 3.50, Galerie 2.—.
Vollständiger Speise-Verkauf an der Circuskassse
von 10—12 1/2 Uhr u. von 4 Uhr an. Außerdem im
Zigarrenhaus Pfeiffer, Karlsruhe, Kaiserstr. 74,
vis-à-vis vom Marktplatz.
Direkte Straßenbahnhaltestelle.
Senf! Der lebende Menschenlohn im Wasser. Senf!

Union-Theater
Kaiserstrasse 211.
Telephon 768 Telephon 763
Vornehmstes
Lichtspielhaus am Platz.
Vom 6. bis einschl. Freitag
den 9. Juli 1920.
Carl de Vogt u. Carola Toelle
in
**Die Ehe der Frau
Mary.**
4 Akte von Emilie Goerk.
Ferner aus der Nordisch-Serie:
**Das Gaukelspiel
des Glücks.**
Schauspiel in 5 Akten.
Aenderungen des Programms
vorbehalten. 4378

Waschstoff-Reste und Abschnitte

Waschmousseline, Organdy, Voile etc.
ausreichend für Blusen und Kleider

9⁷⁵ 14⁵⁰ 16⁵⁰
Meter

Geschw. KNOPF

Finu

fach-Ausstellung

in der Drangerie (Hans-Thoma-Str.)
Eröffnung: Mittwoch, 7. Juli, vorm. 10 Uhr
Vorführungen, Erfrischungstraum, Konzert.
Sondervorführung der Ufa:
Mittwoch, 7. Juli: „Der Alpenfilm“.
Ein Riesenspektakel, der Unterhaltung und Ver-
lehrung in glücklicher Weise verbindet.
Herr Toni Kittenberger
spricht über: „Der Film und
seine Beziehung zur
:: Gesellschaft ::“
Vormerkung für Sondervorführungen für
Schulen, Vereine usw. an die Ausstellungs-
leitung (Telefon 5620). 4374

Kragen

-Wäscherei
Schorpp
Liefert schnellstens
**Stärke-
Wäsche**
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-
Wilhelmstr. 5.
Kaiserstr. 34 u. 243
Gerwigstrasse 49
Amalienstrasse 15
Waldstrasse 64
Wilhelmstrasse 92
Augustastrasse 13
Schillerstrasse 16
Kaiserallee 57
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstrasse 18.
Durlach: 6011
Hauptstrasse 15.

Herren-Stärke- Wäsche.

Kragen 60.
Manchetten 80.
Vorhemden 80.
Kragenwäscherei Diener.
Annahmestellen:
Wieland, Sudwig-Wil-
helmsstr. 21
Göhl, Turlacherstraße 81,
Laden
Gottner, Schützenstr. 53,
Laden
Kemper, Gartenstraße 62,
Laden. 4379

„Nissin“

gegen Kopfläuse
Nichts anderes nehmen!
Zu haben in allen Apo-
theken und Drogerien.

Baubund-Möbel

kaufen Sie preiswert
und formschön gegen Barzahlung oder
erleichtert. Zahlungsbedingungen
bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft
Badischer Baubund e. m. b. H.
Karlsruhe
Karl-Friedrichstr. 22 (Bekhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vormittags 8—12,
nachmittags von 2—6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

Volksbühne — Konzerthaus.
Dienstag, den 6. Juli
3 6: Doktor Klaus.

Für den Hochsommer

Weisse Blusen	von Mk. 37.50
Farbige Blusen	von Mk. 29.50
Seidene Blusen	von Mk. 110.—
Weisse Blusen-Röcke	v. Mk. 95.—
Weisse Voile-Kleider	v. Mk. 145.—
Farb. Voile-Kleider	von Mk. 195.—
Seidene Strickjacken	v. Mk. 295.—
Seidene Mäntel	von Mk. 495.—
Rips-Mäntel	von Mk. 195.—
Morgen-Kleider	von Mk. 95.—
Weisse und farbige Kinderkleider	

Grosse Auswahl. — Mässige Preise.
M. Schneider
Inhaber H. Kahl. 4377
Erbprinzenstrasse 31 Ludwigplatz.

Schafwolle,

das Pfund zu 40 M., geben wir in Mengen
von mindestens 3 Pfund am Dienstag, Don-
nerstag und Samstag jeweils zwischen 1 bis
6 Uhr nachmittags ab. 1758
Karlsruhe-Ruppurr, 22. Juni 1920
Stadt. Güterverwaltung.

Achtung!

Garantiert rein Aluminium!

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage Aluminium zu folgenden
niederen Preisen zu verkaufen:
6 Töpfe mit Deckel, halbschwer . . . Mk. 310
6 Töpfe mit Deckel, halbschwer Mk. 220
auch sind alle Töpfe einzeln zu haben.
Haus- und Küchengeräte
Richard Flohr, Kaiserstr. 59, b. der Hochschule. Tel. 3561.
Bitte beachten Sie meine Schaufenster. 4380

Erdal

Schuhputz



Der Kenner
spricht,
wie angenehm
putzt sich der Schuh
mit Erdalcreme.

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Darmstädter Hof

Karlsruhe 4371
Alte gemütliche Weinstube u. Hotel
1 Minute von Haltestelle Marktplatz.
Gute Weiss- u. Rotweine
Mk. 3.80 1/4 Liter.
Gute Küche.
Vorkauf über die Strassä.

Gesucht werden auf sofort

ein durchaus selbständiger
Werkzeugmacher
der auf dauernde Stellung reflektiert
ferner ein 4382
Kernmacher
Carl Metz, Karlsruhe
Generelwerkzeugaufbau und Metallgießerei
Rittstraße 5, beim Westbahnhof.

Arbeiterinnen

die schon an Maschinen arbeiteten, stellt ein
Metallindustrie G. m. b. H.
Bühl (Baden). 4147

Jeder

Herrenhut

Stroh, Filz od. Velour
wird durch Waschen und Fassonieren
tadellos hergerichtet. 4111
Sanberste Ausführung in kürzester Zeit.
F. Rollmann
Aue Kaiserstr. 99

Gummireifen

beste Qualität für Kinder-
wagen. Reifen werden
aufgeföhrt nach bestem
Verfahren. Reparatur-
werkstätte f. Kinderwagen,
Kreuzstraße 7, Hof. 4372

Verloren

von arm. Wäb-
chen am Sonn-
tag im Stadtgarten Sand-
tische mit ca. 131 RTL,
Schlüssel u. Volkquittung.
Abzugeb. geg. Bel. Wald-
straße 75, 3. St. 4375

Kastatt. Kastatt.

Verkauf von
Alt- u. Möbel
Besichtigung ohne Kauf-
zwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3. Dreherstr. 3.